

Berichte aus EU-Ländern und zugewandten Orten

"Landwirtschaft hilft allen" – aber nicht alle helfen der Landwirtschaft von Werner Scheidegger	S. 1
Respekt für das irische Nein!	S. 4
Norwegen und der EWR von Thomas Hug	S. 5
Überparteiliche Aktion EU-Austritt von Gabriele Wladyka	S. 7
Göteborg – ein Erlebnis voller Gegensätze von Vanessa Klötzer	S. 10
Direkte Demokratie in Deutschland von Ralph Kampwirth	S. 11

Fehlende Auswirkungen des 3. März; Stau am Gotthard

Buchbesprechungen	S. 15
PSS – Naïveté ou soutien de la globalisation néo-libérale de Françoise Pitteloud	p. 19
Demokratie, nicht nur Wirtschaft globalisieren von Pia Hollenstein	S. 21
Auswirkungen der Bilateralen am Gotthard von Luzius Theiler	S. 23



edito

2001 brachte EU-politisch bisher zwei erfreuliche Resultate. Das Nein des Schweizer Volkes zur EU-Beitritts-Initiative und das Nein der Iren zum Nizza-Vertrag – in diesem Zusammenhang ist Neinsagen ein Ja-sagen – nämlich zur politischen Demokratie. Beim Militärgesetz musste die Friedensbewegung eine Niederlage einstecken. Allerdings konnte der Bundesrat die Abstimmung nur gewinnen, indem er die angepeilte Annäherung an die Nato und die Aufgabe der Neutralität vehement bestritt. Durch die Referenden konnte damit eine Selbstbindung der Regierung erreicht werden, die als Teilsieg zu werten ist. Die SP mausert sich immer deutlicher zur Globalisierungspartei, die selbst vor der Unterstützung der

militärischen Absicherung der westlichen Hegemonie in diesem unsozialen Prozess nicht zurückschreckt. Was dazu inhaltlich zum Besten gegeben wurde, war mehr als bedenklich. Die Bewaffnung von Soldaten zum Selbstschutz avancierte bei Frau Häring-Binder etwa zum Bevölkerungsschutz. Offenbar besteht bei ihr die Bevölkerung von Krisenregionen aus Schweizer Soldaten. Bundesrat Leuenberger forderte die Bevölkerung auf, nicht sachbezogen abzustimmen, sondern ein Votum gegen die rechtskonservative Kampagne abzugeben. Was auch immer das Wort "Populismus" bedeuten mag, ein sicheres Merkmal dafür ist die fehlende Sachbezogenheit.

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 4 Mal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organi-

siert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2001 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Für die finanzielle Unterstützung unseres WoZ-Inserates noch Dank!

Folgende Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag:

- EM 4/1995 Dossier «Demokratie»
- EM 1/1996 Dossier «Frieden»
- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 4/1996 Dossier «Festung Europa»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/1997 Dossier «Europa der Demokratien»
- EM 1/1998 Dossier «UNO»
- EM 2/1998 Dossier «Amsterdamer Vertrag»
- EM 3/1998 Dossier «Junge zur EU»
- EM 4/1998 Dossier «Neutralität»
- EM 1/1999 Dossier «Entwicklungspolitik»
- EM 1/2000 Dossier «Euro-Keynesianismus»
- EM 3/2000 Dossier «Kerneuropa»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»
- EM 4/2001 Dossier «"Ja zur EU"-Initiative»

Die meisten dieser Nummern sind auch auf unserer Homepage einzusehen (<http://www.europa-magazin.ch>)



Gibt es eine Berufsgruppe, die mit Rücksicht auf angeblich höhere gesellschaftliche Perspektiven, eine massive Einschränkung ihres Einkommens dankbar akzeptiert?

«Landwirtschaft hilft allen» - aber nicht alle helfen der Landwirtschaft

Am 22. Februar 2001 hat Franz Fischler, EU-Kommissar für Landwirtschaft, an der Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen zum Thema «Landwirtschaft und EU - Widerspruch oder Notwendigkeit?» gesprochen. Der Vortrag hat bei den Zuhörern mehr Fragen als Antworten hinterlassen. Auch dort, wo Franz Fischler gestellte Fragen klar und eindeutig beantwortet hat.

von Werner Scheidegger, Geschäftsführer Bio-Forum Möschberg

Dass sich die Mehrheit der Schweizer Bauern mit der Aussicht auf einen allfälligen EU-Beitritt schwer tut, kommt nicht von ungefähr. Es liegt mit Bestimmtheit auch nicht daran, dass sie der «ländlichen, agrarischen Peripherie mit tieferem Bildungsgrad» zuzuordnen sind, wie das Forschungsinstitut für schweizerische Politik an der Universität Bern nach der Ablehnung des EWR-Beitritts meinte herausgefunden zu haben. Bauern sind nicht dümmer als andere Menschen. Sie weigern sich ganz einfach, sich «ihren Metzger selber zu wählen».

Male ich zu schwarz? Rudolf H. Strahm hat 1992 in seinem Buch «Europa Entscheid – Grundwissen für Bürgerinnen und Bürger» eine Fülle von Material zusammengetragen. Im Kapitel 'Landwirtschaft' hat er den Schweizer Bauern für den Fall eines EU-Beitritts einen Einkommensausfall von 48 % vorausgesagt. Gibt es irgend eine Berufsgruppe, die angesichts solcher Prognosen freiwillig und in angeblich 'höherem Interesse' den Weg des wirtschaftlichen Ruins wählt?

Seither sind 9 Jahre ins Land gezogen. Ohne EWR und ohne EU-Beitritt, sondern als Folge der letzten GATT/WTO-Runde sind die Preise der wichtigsten Agrarprodukte etwa um ein Viertel gesunken, dies bei steigendem Kostenindex! Und sie werden weiter sinken. Es ist das erklärte Ziel der Agrarverwaltung, der Grossverteiler und der Lebensmittelindustrie, die Preise möglichst rasch auf EU- wenn nicht gar auf Weltmarktniveau zu senken. Die Abfederung durch Direktzahlungen gleicht zwar den Preiszerfall ein Stück weit aus, kann aber weder den Strukturwandel in der Landwirtschaft aufhalten noch der Lebensmittelindustrie zu gleich langen Spiessen wie ihrer ausländischen Konkurrenz verhelfen.

Strukturwandel als Allheilmittel

Seit Franz Fischlers Vor-Vorgänger Sicco Mansholt den Strukturwandel in der Landwirtschaft zum Allheilmittel für diese empfohlen hat – Mansholt selber hat sich später von seinen Thesen wieder abgewandt – ist der Glaube daran, dass die Lösung bei den Betriebsgrössen liege, nicht mehr auszuroten. Zu gut passt er ins gängige Schema des Neoliberalismus. Was dabei auf der Strecke bleibt, wird kaum thematisiert und schon gar nicht in Geldwerten gerechnet. Je grösser die Fläche, desto schwieriger der Umstieg auf ökologischere Anbauformen. Grossflächiger Anbau stösst bei einzelnen Kultu-

ren recht bald an die Grenze, wo er ohne Herbizide noch machbar ist. Die Abhängigkeit von mineralischen Ressourcen (Erdöl für Treibstoff und Dünger) steigt und die Besiedelung der Randgebiete wird akut gefährdet. Jeder wegrationalisierte Bauer bedeutet einen Arbeitslosen anderswo. Ob hier, im Kosovo, in Portugal oder anderswo, läuft in letzter Konsequenz auf dasselbe hinaus. Nicht zuletzt sinkt auch der Erholungswert der Landschaft.

Die Produzentenpreise in der EU haben seit Jahren sinkende Tendenz. Brüssel will die Preise dem Weltmarkt anpassen. Zu welchem Preis? Immer mehr Bauern bleiben dabei auf der Strecke. Die verbleibenden sind gezwungen, zur Einkommenssicherung immer mehr und immer intensiver zu produzieren. Dies wiederum hat zur Folge, dass die EU einen sehr grossen Teil ihres Finanzhaushaltes in die Überschussverwertung stecken muss, mit verbilligten Exporten zusätzlich auf den Weltmarktpreis drückt, dadurch den Bauern in weniger entwickelten Ländern das Leben noch mehr erschwert und bei der eigenen Bevölkerung das Image der Landwirtschaft als Subventionsempfängerin zementiert, obschon von den Milliarden für die Überschussverwertung praktisch nichts in den Taschen der Bauern landet. In der Schweiz sind wir mit der Strategie 'Horizont 2010' des Bundesamtes für Landwirtschaft BLW eifrig daran, in die gleiche Sackgasse einzuschwenken. Profitieren können auch hier nicht die Bauern, sondern die Nahrungsmittelindustrie.



Dabei wird die Kostenstruktur in der Nahrungsmittelindustrie nur zum kleinsten Teil durch landwirtschaftliche Rohstoffpreise bestimmt. Denn mehr als zwei Drittel der Konsumentenpreise entstehen im Handel und in der Verarbeitung als Folge der hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz. Diese wiederum sind nicht nur die Folge hoher Löhne, sondern ebenso die Folge hoher Vermögenseinkommen, die als Zinsen, Gewinne und Mieten alle wieder in die Preisbildung eingehen. Nur so ist das bekannte Phänomen der gleichzeitig steigenden Brot- und sinkenden Getreidepreise erklärbar.

Einheimisch = höherwertig?

In andern Branchen werden einheimische Dienstleistungen meistens ohne zu hinterfragen als 'höherwertig' eingestuft und als Erklärung für höhere Preise akzeptiert. In der Nahrungsmittelproduktion ist es üblich, den tiefsten Preis als Weltmarktpreis zum Referenzpunkt zu erklären (die OECD z.B. erklärt den neuseeländischen Milchpreis zum Weltmarktpreis, obwohl es wegen der mangelnden Transportfähigkeit gar keinen Weltmarkt für Milch gibt). Im Dienstleistungsbereich fällt es niemandem ein, die Preise z.B. für ärztliche Dienstleistungen in der Schweiz und in Neuseeland mit der Absicht zu vergleichen, die schweizerischen denjenigen in Neuseeland anzupassen (Mehr zu diesen Zusammenhängen in Bieri, Moser, Steppacher, Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz, SVIL-Schrift Nr. 135, Zürich 1999).

Keine mildernden Umstände für die Schweizer Bauern

Zurück zu Franz Fischler. Klar und eindeutig zum Beispiel war seine Aussage, dass der Schweizer Landwirtschaft bei einem allfälligen EU-Beitritt keinerlei Übergangsfristen gewährt werden, um sich neuen Gegebenheiten anzupassen, dass sie sowohl bei den Preisen als auch bei den Direktzahlungen weitere Einbussen in Kauf nehmen muss und dass die Durchlässigkeit der Grenzen weiter steigt. Staatliche Zuschüsse fast egal welcher Art gelten als Wettbewerbsverzerrung!

Wohl sprach Franz Fischler von Multifunktionalität und Nachhaltigkeit als von der EU angestrebte Ziele. Ansätze dazu sind in einigen EU-Staaten vorhanden. Sind sie aber ausreichend, um eine echte Trendwende einzuleiten? Sind diese Ziele in der WTO durchsetzbar? Obwohl die EU die grösste Wirtschaftsmacht der Welt ist, wird sie von den USA eingeklagt, wenn sie sich z.B. gegen den Import von Hormonfleisch aus den USA wehrt. In der WTO habe nur Erfolg, wer glaubwürdig zeigen könne, dass Nachhaltigkeit kein Protektionismus durch die Hintertür sei. Wie sollen Politiker diese Glaubwürdigkeit einbringen können, die bisher selber einem System gehuldigt haben, das in etwa das Gegenteil von Nachhaltigkeit beinhaltet? Und selbst wenn sie es können, werden sie standhaft genug sein, um sich gegen die Propheten einer schrankenlosen Liberalisierung, gegen die gesamte Chemie- und Gentech-Lobby durchzusetzen?

Auf die Frage eines Zuhörers, warum in Süddeutschland immer mehr Bauern mit immer grösseren Höfen auf einen Nebenerwerb angewiesen sind, antwortete Fischler ausweichend. Wenn die süddeutschen Bauern die Form der Nebenerwerbslandwirtschaft richtig fänden, dürfe man dies nicht der EU anlasten. Aber: wer macht denn die Rahmenbedingungen? Die süddeutschen Bauern oder die EU? Und diese Rahmenbedingungen sind derzeit tatsächlich so, dass Betriebe mit 30 – 50 ha nur noch im Nebenerwerb betrieben werden, weil das Einkommen aus der Landwirtschaft die Familie nicht mehr ernähren kann.

Spielraum für die Staaten sieht Fischler am ehesten in der Sozialpolitik. Doch Hand aufs Herz: Ist das Angewiesensein eines Berufsstandes auf Sozialhilfe für diesen Berufsstand ein würdiger Zustand und eine Option, die bei der übrigen Bevölkerung langfristig auf Akzeptanz stösst? (Und aus der Bundeskasse finanziert werden kann?) Ich habe Mühe mit dieser Aussicht und verstehe jeden, der lieber die Stalltüre für immer zugelt.

Paradigmenwechsel überfällig

Der grösste Teil der Landwirtschaft in den Industrieländern und die Plantagenwirtschaft in den Entwicklungsländern sind alles andere als nachhaltig. Beide basieren auf einem Weltbild, das von der Industrie geprägt ist und auf nicht erneuerbaren Ressourcen aufbaut. Selbst bei den Biobauern besteht diesbezüglich noch Handlungsbedarf.

Eine zukunftsfähige Land- und Volkswirtschaft – egal ob bei uns oder in der EU oder anderswo – braucht einen Paradigmenwechsel, eine radikale Umkehr der Vorzeichen. Kosmetik reicht da nicht mehr. Dazu muss eine solche Wende von allen massgebenden Kreisen gewollt und mitgetragen werden. Partner, die der Landwirtschaft die Produkte zu total verfälschten Weltmarktpreisen abnehmen wollen und die Bauern für den Rest auf Direktzahlungen verweisen, sind allen schönen Beteuerungen zum Trotz letztlich keine Partner!

Direktzahlungen sind Abgeltungen für ökologische Leistungen und per Definition keine Subventionen und keine Sozialleistungen. Aber als dieses werden sie auf beiden Seiten wahrgenommen. Zudem gaukeln sie uns vor, unter schweizerischen Bedingungen könnten Milch oder Weizen zu EU- oder Weltmarktpreisen produziert werden. Weil dies nicht möglich ist, sind Stimmen rasch zur Hand, die der schweizerischen Landwirtschaft nur noch landschaftspflegerische Funktionen zuweisen möchten. Die Bauern sollen die Landschaft als Konsumgut für die Freizeitgesellschaft aufbereiten, etwa

[Beträge in Mrd. Franken]	Referenz 2003	Alleingang 2007	EU-Beitritt 2007
Endproduktion (Markterlös)	6.9	5.7	4.4
Direktzahlungen	2.6	2.5	2.3
Total Einnahmen	9.5	8.2	6.7
./. Variable Kosten	2.6	2.1	1.4
./. Strukturkosten (2% Strukturwandel)	4.4	4.1	3.9
Sektoreinkommen	2.5	2	1.4
Famiienarbeitskräfte			

Quelle: Schweiz - Europäische Union, Integrationsbericht 1999, 3. Februar 1999, S. 103



als Pfleger von Golfplätzen und von Blumenwiesen über Atommülllagern, um es etwas überspitzt auszudrücken. Die Versorgung mit Lebensmitteln soll auf billige Importe abstellen. Die sozialen und ökologischen Bedingungen in den Herkunftsländern zu hinterfragen, würde den Hilfswerken und Umweltverbänden überlassen.

Ein weiterer Aspekt wird von der Politik zunehmend ausgeblendet. Um die Nahrungsmittel weiter zu verbilligen, soll die Produktion dorthin verlegt werden, wo sich Klima und Topographie am besten eignen. Zum einen untergraben wir mit billigen Importen die eigene Sicherheit und zum andern ist den Bauern in fernen Entwicklungsländern mit dem Preisdiktat der Industrieländer auch nicht geholfen, weil ihre Erlöse weder die ökologische (E.U. von Weizensäcker) noch die soziale Preiswahrheit zum Ausdruck bringen.

Den Schweizer Bauern bliebe neben der bereits erwähnten Landschaftspflege allenfalls die Milchproduktion. Wer dies empfiehlt, übersieht, dass die Schweiz in den letzten hundert Jahren bereits zweimal eine auf billige Nahrungsmittelimporte ausgerichtete Politik wegen gestörter Versorgung ändern musste. Nur eine diversifizierte vielseitige Landwirtschaft mit einer genügend grossen Anzahl Arbeitskräfte kann in Krisensituationen den Verfassungsauftrag der Ernährungssicherung auch erfüllen. Wenn einmal die Strukturen und die Menschen mit dem entsprechenden Wissen wegrationalisiert sind, ist eine Korrektur ungleich schwieriger vorzunehmen.

"Eine Gruppe hingegen erstaunt mich immer ein wenig: die Bauern. Ich höre Bauernführer, die sich ständig "für Europa" einsetzen, aber auf der andern Seite möchten sie ein Moratorium bei der Reform der Landwirtschaft in der Schweiz. Mit dieser Logik habe ich ein Problem." BR Pascal Couchepin, NZZ. 30.1.2001

Der Blick muss weiter reichen

Anhänger des weltweiten Freihandels werden sich von diesen Einwänden kaum von ihrem kurzfristigen Denken abwenden. Das momentane Preisgefüge und der kurzfristige Blick auf das eigene Portemonnaie scheint ihnen recht zu geben. Aber fragen wir auch nach den sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dieser billigeren Produkte? Die Slums von Rio und Bombay, die Bananeros in Zentralamerika und die marokkanischen Gastarbeiter in Südspanien sind einige Stichworte, hinter denen sich viel namenloses Elend in der ganzen Welt verbirgt.

Die ökologischen Folgen unsinniger Transporte rund um den Erdball sind ein weiterer Grund, der uns weg von der Globalisierung hin zu lokalen und regionalen Strukturen führen sollte. Im Vorfeld des Abschlusses der Uruguay-Runde des GATT hatte 1993 Prof. Dietmar Schröder von der Universität Trier in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl u.a. auf die geringe Transportwürdigkeit von Agrarprodukten hingewiesen. Er schrieb: «Die meisten Agrarprodukte haben eine geringe Transportwürdigkeit, die meisten Industrieprodukte eine hohe. Ein Auto für 40'000 DM wiegt eine Tonne. Ein Computer im gleichen Wert eine Dezitonne. Wei-

zen für 40.000 DM wiegt hingegen 100 Tonnen. Seine Transportwürdigkeit ist also 100 mal geringer als die von Autos und 1000 mal geringer als die von Computern. Wenn schon Handel über Tausende von Kilometern, dann lieber mit Industriegütern. Die Transportkosten sind zwar jetzt gering, aber nur weil die externen Kosten unterschlagen werden». Der Appell blieb wie viele andere ungehört. Der Lastwagens-tau am Gotthard lässt grüssen.

Wir leben nicht von Computern

Auf vielen Bauernautos prangt am Heck der Kleber mit der Aufschrift «Landwirtschaft hilft allen». Dies ist zweifellos richtig. Wir alle leben letztlich nicht von Computern, Autos und Kühlschränken, sondern von dem, was Bauern auf der ganzen Welt durch ihrer Hände Arbeit hervorbringen. Aus staatspolitischen Überlegungen ist es sinnvoll, wenn sich die ganze übrige Gesellschaft so verhält, dass den Bauern vor Ort das Auskommen möglich ist.

Die EU ist uns den Beweis noch schuldig, dass ihre Agrarstrategie des Strukturwandels und der immer tieferen Preise langfristig aufgeht. Dass sie das Gegenteil dessen erreicht, was sie zu erreichen vorgibt, dafür gibt es jedoch eine ganze Menge Zeichen und Hinweise. ■

Protestbrief an EU-Kommissar Lamy



Ein Protestbrief von 99 Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Frauen- und Landwirtschaftsverbänden, Instituten und Gewerkschaften aus 17 europäischen Ländern, die sich im "Seattle to Brussels Network" zusammengeschlossen haben, hat sich gegen die Haltung der EU-Kommission in der Welthandelspolitik und gegen die Art der Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure gewandt.

Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) sehen ihre Anliegen nicht berücksichtigt und fordern eine grundlegende Debatte über eine andere, nachhaltige Handelspolitik. Pascal Lamy nutze die Konsultationstreffen mit Vertretern von NRO's nur dazu aus, über das wie und nicht über das was zu sprechen. Insofern halten sie den Konsultationsprozess für nutzlos.

Die Unterzeichnerorganisationen wollen verhindern, dass die Felder Investitionen und Wettbewerb auf der WTO-Konferenz, die im November 01 in Katar stattfinden wird, verhandelt werden. Sie streben eine Verminderung der Macht der WTO an und warnen vor negativen Folgen der schon jetzt laufenden Verhandlungen zu den Themen Landwirtschaft, intellektuelle Eigentumsrechte und Dienstleistungen.

Die Autoren des Protestbriefes kritisieren ausserdem die unausgewogene Zusammensetzung der von der EU-Kommission zusammengestellten 15-köpfigen Kontaktgruppe für die WTO-Verhandlungen in Katar sowie ihre Exklusivität und mangelnde Transparenz. In dieser sind u.a. Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden vertreten, die sich für die Interessen von Grossunternehmen und der Agrarindustrie einsetzen, aber keine Vertreter mittelständischer Unternehmen und der kleiner landwirtschaftlichen Betriebe. DNR-EU-Rundschreiben, 6/2001, S. 64



Die EU und die irische Regierung wollen das irische Nein ignorieren.

Respekt für das Irische Nein!

Die drei irischen EU-Parlamentarier, die gegen den Vertrag von Nizza eintraten, Patricia McKenna, Nuala Ahern und Dana Rosemary Scallon, in Zusammenarbeit mit der National Platform, Irland, und der SOS Demokratie Gruppe im EU-Parlament entwarfen im Zuge der offensichtlichen Absicht der EU und der irischen Regierung, das Votum des irischen Volkes zu übergehen, einen Fünf-Punkte-Plan für eine demokratischere, bevölkerungsorientiertere EU. Dieser Plan wurde dem EU-Kommissions-Präsidenten Romano Prodi anlässlich eines Treffens in Dublin am 22. Juni 01 vorgelegt. Bei dieser Gelegenheit wurde Prodi auch über die Gründe des irischen Neins informiert.

SOS Demokratie umfasst EU-Parlamentarier aus verschiedenen Fraktionen, die den gegenwärtigen Trends der EU zum Zentralismus, der Erosion der Demokratie in den Mitgliedstaaten und dem Versuch, die EU in eine Supermacht unter Deutsch-Französischer Hegemonie zu machen, entgegentreten. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst:

1. Die EU-Erweiterung soll fortgeführt werden

Verhandlungen über die EU-Erweiterung sollen jetzt intensiviert werden. Sie sollen flexibler werden, damit möglichst viele Länder 2004 zum Beitritt bereit sind. Die Stimmenverhältnisse im EU-Rat und die Vertretungen im EU-Parlament könnten der Erweiterungserklärung, die dem Nizza-Vertrag beigefügt wurde, entsprechen. Diese war nicht legaler Teil des Vertrags und wurde deshalb durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Irlands nicht verworfen. Die ersten fünf Beitrittskandidaten, die für den Beitritt bereit sind, sollten der EU unter den Bestimmungen des Amsterdamer Vertrages beitreten.

2. Ein neuer, vereinfachter EU-Vertrag

Die Ratifikation des Nizza-Vertrages durch die übrigen EU-Staaten sollte sofort gestoppt werden, da es rechtlich nicht möglich ist, einen EU-Vertrag mit weniger als 15 Unterschriften zu ratifizieren und da ein verbindliches irisches Referendum durch die übrigen EU-Staaten, die sich "demokratisch" nennen, zu respektieren ist. Statt einer illegalen Fortführung der Ratifikationsrunde sollten die EU-Regierungen die europäischen Völker und Parlamente dazu einladen, eine öffentliche Debatte über einen neuen, vereinfachten grundlegenden EU-Vertrag zu eröffnen.

3. Eine schlankere, weniger zentralisierte, bevölkerungsorientiertere EU

Das Nein Irlands war nicht ein spezifisch irisches Nein. Es hätte in jedem EU-Land ein Nein geben können - wenn die Politiker es gewagt hätten, ihre Bürgerinnen und Bürger in einem Referendum zu konsultieren. Das irische "Nein" war ein europäisches Nein zu einem Vertrag, der die demokratische, europäische Zusammenarbeit gefährdet. Der Nizza-Vertrag würde noch mehr Macht in Brüssel zentralisieren, obwohl weniger denn ein Fünftel der EU-Europäer es vorziehen, von Brüssel aus regiert zu werden - statt auf lokaler, regionaler und Landesebene. Nizza würde den EU-Club der Gleichen in Erstklass- und Zweitklass-Mitglieder aufteilen.

Der nächste EU-Vertrag sollte einen klaren Kompetenzkatalog für eine schlankere, weniger zentralisierte, bevölkerungsorientierte EU aufweisen. Brüssel soll sich auf klar eingegrenzte Themen konzentrieren, welche die Landesgrenzen überschreiten und welche die Parlamente der Mitgliedländer nicht wirksam angehen können. Wenn die Länder ein Sachgebiet nicht vollständig und ausschliesslich regeln können, haben die Wählerinnen und Wähler durch internationale Zusammenarbeit nichts zu verlieren und alles zu gewinnen.

4. Offene Entscheidungsverfahren

Die EU-Legislation findet hinter geschlossenen Türen statt. Von nun an müssen alle Verhandlungen über EU-Gesetze öffentlich stattfinden. Alle Unterlagen und Dokumente von EU-Zusammenkünften müssen für die Bürgerinnen und Bürger frei zugänglich sein. Der EU-Rechnungshof, der EU-Ombudsmann und spezielle Ausschüsse des EU-Parlamentes müssen vollen Zugang zu alle Bereichen der EU-Verwaltung haben - ohne jegliche Einschränkungen.

5. Eine demokratische EU

Der nächste EU-Vertrag muss in einem Unten-Nach-Oben-Prozess entstehen. Die Bürgerinnen und Bürger sind einzubeziehen. Das Auferlegungsverfahren durch Eliten ist nicht akzeptabel. Verhandlungen müssen mit Diskussionen in den Parlamenten der Mitgliedstaaten und in speziellen öffentlichen Diskussionsforen beginnen. Für das Endresultat muss in jedem Land ein verbindliches Referendum stattfinden.

Die EU kann nicht mehr durch Beamte und Minister hinter verschlossenen Türen in Brüssel regiert werden. Alle EU-Gesetze gehören den Elektoraten der EU. Die EU-Eliten dürfen nicht das irische Volk ausbieten, indem sie "dänische Zuckergebäcke" in Form von leeren politischen Erklärungen zu einem Nizza-Vertrag hinzufügen, der vom Irischen Volk verworfen wurde. ■



Norwegen muss im EWR eine Unzahl Gesetze übernehmen, ohne die geringste Mitentscheidung

Norwegen und der EWR

Norwegen und die Schweiz haben Einiges gemeinsam. Nicht nur gehören beide Staaten zu den reichsten der Welt. Beide Länder sind nicht Mitglieder der EU, beide Länder haben sich aber der EU angepasst. Norwegen im EWR und die Schweiz ausserhalb dieser Institution. Während die Schweiz Gesetze übernimmt, die ihr aus wirtschaftlichen oder machtpolitischen Gründen in den Kram passen, muss Norwegen die EWR Gesetze ohne Mitsprache übernehmen.

von Thomas Hug, Oslo

Eine Szene wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens der Europäischen Union (EU) am vergangenen 25. März 2001. Die Fähre aus dem "Drittland" Estland ist in Stockholm angekommen und die Pässe aller Passagiere werden genau kontrolliert. Mit dabei auf der Fähre vom estnischen Tallinn ist ein Gruppe junger Norweger und Norwegerinnen. Wo sollen wir nun anstehen, fragen sich die Norweger. In der EU-Kolonne oder in der Kolonne für Drittländer. Sie entschliessen sich für die Nicht-EU-Kolonne und werden dann vom schwedischen Zoll darauf aufmerksam gemacht, sie hätten in der Schlange für EU-Bürger warten müssen.

Die Szene kann in mancher Hinsicht als Symbol für Norwegens Haltung gegenüber der EU dienen. Das skandinavische Land hat zwar einen politischen Kurs ausserhalb der Union gewählt, ist aber trotz dem selbst bestimmten "Ausserhalb"-Kurs stark abhängig von der Union und passt sich zudem ständig mehr dem EU-System an.

Das EU-Nein Norwegens an der Urne liegt bereits über sechs Jahre zurück. Im November 1994 hatten die norwegischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit einer Mehrheit von 53,3 Prozent abgelehnt. Dafür ist Norwegen aber seit Anfang 1994 durch das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der EU verbunden. Der Beitritt zum EWR wurde 1992 vom Stortinget (Parlament) beschlossen, das Volk wurde zu dieser Frage nicht konsultiert.

Seither haben wechselnde Regierungen immer wieder beteuert, der Wille des Volkes sei zu respektieren. Dennoch konnte oder wollte sich Norwegen mit seinen 4,2 Millionen Einwohnern und seinem Erdölreichtum nicht der schnellen europäischen Entwicklung verschliessen.

Mehr noch: Das Land wird einem EU-Mitgliedland immer näher. Diese Entwicklung wurde sowohl von EU-freundlichen sozialdemokratischen Regierungen als auch von der EU-kritischen bürgerlichen Zentrumsregierung (1997 – 2000) vorangetrieben – oder wenigstens nicht gebremst.

Durch den EWR hat Norwegen 4000 Gesetze und Vorschriften übernommen. Bisher hat Norwegen sich keiner Vorschrift widersetzt und das Parlament (Stortinget) hat so in erster Linie als "Stempelmaschine" funktioniert. Trotzdem hat sich die politische EWR-Zusammenarbeit für Norwegen schwieriger gestaltet, als dies vorgesehen war. Die vorgesehenen halbjährlichen Treffen mit der EU auf Ministerniveau haben von Seiten der Union keine Priorität. Mit der Machtverschiebung von der Kommission (der eigentlichen EWR-Anlaufstelle) zum

Ministerrat wird, hat Norwegen zusätzlichen Einfluss eingeübt.

Der Vorwurf der norwegischen EU-Gegner, Norwegen sei "EU-höriger" als ein EU-Land, bekam diesen Mai eine Art offizielle Bestätigung. Die Osloer Zeitung "Aftenposten" konnte nämlich die Protokolle der Verhandlungen des EWR-Ausschusses veröffentlichen. Diese Protokolle bleiben während eines Jahres der Öffentlichkeit vorenthalten. Aus den Protokollen geht hervor, dass Norwegen die Regeln bezüglich Sozialleistungen auf dem Kontinentalsockel (Erdölwirtschaft) strikter anwendet als die Unions-Länder. Der ehemalige christdemokratische Regierungschef und Oppositionspolitiker Kjell Minge Bondevik meinte, Norwegen sei in dieser Sache katholischer als der Papst. Der sozialdemokratische Aussenminister Thorbjörn Jagland ging mit dieser Interpretation einig. "Ich bin einverstanden, aber ich glaube, wir können froh sein, dass es so ist. Dass ist die Art, wie die EFTA-Länder ihre Glaubwürdigkeit im EWR aufrecht erhalten können", sagte Jagland in der Sitzung des EWR-Ausschusses vor einem Jahr.

Einfluss fehlt in vitalen Bereichen

Die Anpassung Norwegens an die EU schreitet weiter voran:

□ Seit dem 25. März macht Norwegen bei der Schengen-zusammenarbeit mit. "Nicht-EU-Land" Norwegen wird hoch im Norden die EU-Grenze zu Russland bilden.

□ Als Nato-Land steuert Norwegen 3500 Soldaten zur neuen militärischen "Feuerwehr" der EU bei, im Verhältnis zur Bevölkerung drei Mal soviel wie die "richtigen" Unionsländer. Der norwegische Einfluss auf die Einsatzplanung dieser EU-Streitkräfte ist gleichzeitig aber stark begrenzt. Norwegen hofft, in



dieser Frage vom Natopartner und Mächtigen-EU-Kandidaten Türkei Schützenhilfe zu bekommen.

□ Zurzeit ist die EU daran, den Energie- und Gasmarkt zu liberalisieren. Bereits im Jahr 2005, früher als Norwegen gemeldet, soll im Gasmarkt für Norwegen mittels der sogenannten EU-Gasverordnung die Deregulierung eingeführt werden. Erdgas ist für Norwegen zusammen mit Erdöl das wichtigste Exportprodukt. Bis anhin konnte Norwegen mit den Abnehmern auf dem Kontinent langfristige Abnahmeverträge abschliessen. Dies wird höchstwahrscheinlich durch die neue Energiepolitik der Union nicht mehr möglich sein. Laut Berechnungen muss Norwegen vermutlich jährlich mit rund 7 Milliarden Kronen (rund 1.4 Mia. Franken) weniger Einnahmen aus den Gasverkauf rechnen. Die EU formt ihre Gaspolitik, weitgehend ohne Europas grössten Gasexporteur Norwegen zu Rate zu ziehen.

Der norwegische Erdölminister Olav Akselsen versucht zu entdramatisieren. Wohl könnten die Gasverträge in Zukunft nicht mehr wie früher zwischen dem sogenannten Gasverhandlungsausschuss (dominiert von den zwei grössten norwegischen Erdölgesellschaften Statoil und Hydro) und den Abnehmern ausgehandelt werden. Diese Vorgehensweise wurde von der EU als Kartell betrachtet. "Dennoch werden auch in Zukunft langfristige Lieferverträge mit der EU möglich sein. Bedeutend mehr Skepsis ist bei den Erdölgesellschaften auszuloten. Wer soll die Milliarden-Investitionen für neue Pipelines bezahlen, wenn man danach so wenig Sicherheit über Abnahmeverträge und Benutzung hat? Infolge der EU-Verordnung sollen nämlich die Gasleitungen für alle Produzenten zugänglich werden. Hinzu kommt: Norwegens grösste Konkurrenten auf dem Gasmarkt in Europa, Russland und Algerien, sind durch die Gasverordnung der EU nicht betroffen.

□ Fisch ist nach dem Erdöl- und Erdgas inzwischen zum wichtigsten Exportprodukt geworden. Mit der Osterweiterung der EU fürchtet Norwegen nun, dass – statt einem vergrösserten Markt – wiederum Zollmauern für den Fisch entstehen könnten. Nicht verwunderlich deshalb, dass Norwegen beim EU-Beitritts-Kandidaten Polen dieser Tage eine richtiggehende Charmeoffensive startet. Polen ist ein wichtiger Abnehmer von norwegischem Fisch – und Zoll auf verarbeitetem Fisch, wäre für Norwegen mehr als unglücklich.

Ende des vergangenen Jahres hat die sozialdemokratische Arbeiterparteiregierung von Jens Stoltenberg in einer Botschaft ans Parlament eine Analyse unterbreitet, die speziell auf die drei letzten wichtigen und problematischen Punkte hinweist. "Allein das Gas könnte als Argument für den Beitritt zur EU genügen", sagte Aussenminister Thorbjörn Jagland an einer Konferenz nach der Präsentation der Botschaft und fügte bei: "Wären wir in der EU, hätten wir diktiert, jetzt werden uns die Marktbedingungen für den wichtigen Wirtschaftszweig Gas diktiert."

Trotz der Betonung wirtschaftlicher Argumente, umfasst die EU-Botschaft der sozialdemokratischen Regierung auch eine politische Argumentation. Grundtenor: Norwegen ist ein international aktiver politischer Akteur (Beispiel Naher Osten) und hätte so viel auch in der EU beizutragen. Durch das Abseitsstehen von der EU würde Norwegen der Eingang zur

wichtigsten politischen Bühne Europas verwehrt. Speziell erwähnt wird die Solidarität mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks.

Die norwegischen EU-Gegner sind aber der Meinung, Norwegen könne politisch viel zu Europa beitragen, ohne Mitglied der EU zu sein. Eine Untersuchung anfangs 2001 gibt ihnen Recht, jedenfalls was das Gefühlsmässige betrifft. 66 Prozent aller Norwegerinnen und Norweger fühlen eine starke Zugehörigkeit zu "Europa". Bei den EU-Bürgern fühlen laut dieser Untersuchung nur 56 Prozent eine starke Verbundenheit zu "Europa".

Zuwarten

Die EU-Botschaft der Regierung wird vom Versuch geprägt, einerseits möglichst eine neutrale Situationsanalyse zu liefern und andererseits die Debatte sachte anzukurbeln, ohne aber den "Beitrittskrieg" bereits auszulösen. Von Seiten der Regierung hat man nämlich keine Eile, die Diskussion zum EU-Beitritt gleich in Angriff zu nehmen. Zuerst einmal müsse man sehen, wann die Erweiterung der EU komme und wie umfassend diese ausfalle, sagt Aussenminister Jagland. Es müsse zuerst eine "neue Situation" eintreten, argumentiert er weiter. Thorbjörn Jaglands sozialdemokratische Partei hat sich am Parteikongress vom vergangenen November genau diesen Handlungsspielraum gegeben lassen: Beitrittsverhandlungen in der nächsten Legislaturperiode (2001 – 2005), sofern die EU-Erweiterung grosse Veränderungen bringen wird. Es ist dabei weniger der Respekt vor der demokratischen Entscheidung der norwegigen Bevölkerung als die Angst vor einem dritten EU-Nein des Volkes (nach 1972 und 1994), das den Sozialdemokraten im Nacken sitzt.

Bei den übrigen Parteien hat sich bei der Haltung gegenüber der Union seit der Volksabstimmung wenig verändert. Bei den traditionell EU-feindlichen bürgerlichen Zentrumsparteien ist von der Christlichen Volkspartei verhalten ein EU-freundlicherer Ton zu hören. Ähnliches gilt für die ebenfalls EU-gegnerischen Linkssozialisten. Die Konservativen bleiben die "Europaturbos", die unberechenbare rechtspopulistische Fortschrittspartei scheint dagegen von einem Ja langsam in Richtung Nein zu driften.

Bei den Parlamentswahlen vom kommenden September wird weder der EU-Beitritt noch die Anpassung an die Union ein Thema sein. Die Parteien werden sich die Köpfe einschlagen wegen der haushohen Steuern und Abgaben sowie der Unfähigkeit des Systems, den Bürgern (trotz dem vielen Erdölgeld!) ein funktionierendes Gesundheitssystem zur Verfügung zu stellen. Ob nun wiederum eine sozialdemokratische Regierung oder (was wahrscheinlicher ist) eine konservative Regierung ans Ruder kommt, in Sachen EU wird das neue Parlament in keine Richtung hin legitimiert sein.

Die Haltung des Volkes scheint von "EWR- und Gasdemütigungen" und der rasanten Entwicklung der EU unberührt zu bleiben. Trotz zeitweiligen Tendenzen zu mehr EU-Anhängern sind in allen Umfragen immer wieder die EU-Gegner in der Mehrheit. Den neusten Umfragen zufolge nimmt die Zahl der EU-Anhänger sogar rasant ab und liegt weit unter der 50-Prozent-Grenze. ■



Österreichische Anti-EU-Bewegung

Überparteiliche Aktion EU-Austritt

Am 17. Juli 1989 stellte Österreich den Antrag auf Aufnahme in die EG. Die Österreichische Volkspartei unter Bundeskanzler Klaus hat diesen Beitritt schon in den 60er Jahren angestrebt, die Sozialdemokraten waren bis Anfang 1989 dagegen. SPÖ-Außenminister Lang begründete die sozialdemokratische Haltung salopp folgendermaßen: "Nichts zusammenbringen können wir alleine auch". Erst der Bilderberger¹⁾ Franz Vranitzky, SPÖ-Bundeskanzler, brachte seine Partei zum Umdenken. Die Bevölkerung Österreichs wurde durch eine beispiellose einseitige Propaganda zur Zustimmung überredet. Nachdem nun etliche Jahre Erfahrungen mit der EU das Bewusstsein für Realitäten geschärft hat, möchte ein grosser Teil der Österreicherinnen und Österreicher die EU wieder verlassen.

von Gabriele Wladyka, Aktion EU-Austritt Österreich.

Widerstandsbewegungen

Die Bestrebungen der Regierung, sich der Europäischen Gemeinschaft anzuschließen, wurde von der österreichischen Bevölkerung lange Zeit nicht sonderlich ernst genommen. Es gab damals noch kritische Fernsehsendungen und Zeitungsberichte und so wurde die EG stets als Hort der Korruption und Mißwirtschaft angesehen. Die Tageszeitung "Die Presse" schreibt am 12. Oktober 1992: "Österreicher lehnen Europa-Union ab. Nur 22,2 Prozent sind für die Bildung einer politischen Union, wie es die Zielsetzungen der Maastrichter Beschlüsse vorsehen."

Anfang 1994 startete die Regierung eine gigantische EU-Kampagne. Sämtliche Zeitungen – außer der Tageszeitung "Täglich Alles" – sowie das Fernsehen stimmten mit ein. Die EU-Kritiker wurden als Lügner, rückschrittlich, alt, ungebildet, rechts- bzw. linksextrem diffamiert. Der EU-Anschluß wurde als wirtschaftliche Notwendigkeit deklariert, da Österreich "allein und isoliert nicht lebensfähig sei". Es wurde behauptet: "In der EU bleibt unsere Währung und unsere Neutralität erhalten." In allen Schulen und Betrieben wurden "Informationsveranstaltungen" abgehalten, wobei eventuelle Nachteile des EU-Anschlusses bewußt verschwiegen wurden.

Die Sozialdemokraten, die ÖVP und das Liberale Forum befürworteten den EU-Beitritt, während die Freiheitliche Partei und die Grünen sich gegen den EG-EU-Anschluß aussprachen. Es war allerdings auffallend, daß sowohl die FPÖ als auch die Grünen bei ihren Anti-EU-Kampagnen und in der Argumentation sehr halbherzig waren und auch zahlreiche EU-Befürworter in ihren Reihen hatten. Die engagierte Anti-

¹⁾ Die Konferenz der Bilderberger ist ein eher formloses Kontaktnetz der Einflussreichen (EU-Politiker, Politiker der EU-Mitgliedstaaten, Manager von Multis, etc.). Sie ist eines jener Foren, durch die Strategien für mehr Markt und weniger Demokratie ausgeheckt und machtpolitisch vorbereitet werden. Es geht darum, nationale Hindernisse bei der raschen Verschiebung von Geld, Waren und Menschen zu beseitigen, die Standortkonkurrenz zu verschärfen, den großen, internationalen Konzernen Vorteile, wie einfachere Zulassungsprozeduren für Produkte, leichtere Aufteilung der Märkte, bessere Möglichkeiten der Subventionsjägerei, billigere Arbeitskräfte und Produktionsstätten mit verringerten Umwelt- und Sozialauflagen zu verschaffen.

EU-Bewegung war in Wirklichkeit getragen von unzähligen Bürgerinitiativen, zahlreichen Universitätsprofessoren, Künstlern und Prominenten. Auch die Kommunistische Partei versuchte, die Österreicher vor dem Beitritt zu warnen. Das Ungleichgewicht der Kräfte, der Mangel an wirklicher Information der Bevölkerung und der fehlende Zugang der EU-Gegner zu den Medien führte am 12. Juni 1994 mit einem 66,6%-JA zum EU-Anschluß Österreichs.

Folgen des EU-Beitritts für Österreich.

Verlust der Neutralität

Die Österreichische Neutralität ist mit der EU-Mitgliedschaft praktisch unvereinbar. Dazu die Tageszeitung "Salzburger Nachrichten" am 16.1.2001: "Man befürchtete eine klare Ablehnung des EU-Beitritts, sollte die Bevölkerung erfahren, daß in der EU die Neutralität auf Dauer nicht zu halten sei." Und weiter: "In Europa kann sehr wohl eine neutrale Zone denkbar und nützlich sein. Richtig ist allerdings, daß in der EU ein neutraler Staat keinen Platz hat..."

Die "Eliten" waren sich über die Folgen eines EU-Beitritts für die Neutralität von Beginn weg klar und sie haben auch nicht im Sinn, die diesbezüglichen Meinungen der Bevölkerung zu respektieren. Obwohl ca. 80% der Österreicher die Neutralität beibehalten möchten, sollen 2000 Soldaten für eine EU-Eingreif-Truppe bereitgestellt werden, die auch zu "friedensschaffenden Aktionen" (neues Wort für "Angriffskrieg") eingesetzt werden können. Das bedeutet einen klaren Neutralitäts- und damit Verfassungsbruch!



Verlust der eigenen Währung

Die wenigsten Österreicher wußten, daß sie am 12. Juni 1994 auch JA zur Währungsunion sagten. Dabei bedeutet die Aufgabe der eigenen Währung für jedes Land weitestgehenden Souveränitätsverlust. Die Zustimmung zu einem solchen Verlust darf nur informiert, in Kenntnis der Sachlage erfolgen. Zur Währungsunion selber ist zu bemerken, dass es dafür keine ökonomischen Gründe gibt. Alle ernstzunehmenden Wirtschaftsexperten haben die Währungsunion als verfrüht abgelehnt. Paul Krugman, Professor am Massachusetts Institute of Technology: "Die Währungsunion ist ein erstaunlich verrückter Prozeß, den man nur politisch, aber nicht ökonomisch verstehen kann." Für ein rein politisches Projekt mußte Österreich zahlreiche Sparpakete in Kauf nehmen, die vor allem im sozialen Bereich negative Auswirkungen hatten.

Niedergang der Klein- und Mittelbetriebe, sowie der Landwirtschaft.

Durch die Grenzöffnungen und den Wegfall der Zölle hat sich der Konkurrenzdruck auf österreichische Unternehmen enorm erhöht, wobei internationale Großkonzerne die Nutzniesser sind. Die Geldumstellung Anfang 2002 wird weitere Betriebe in die Insolvenz führen. Besonders dramatisch ist die Situation der Bauern, die seit 1995 ca. 20% ihres Einkommens eingebüßt haben. Im Jahr 2000 schlossen pro Tag durchschnittlich 50 Höfe.

Anstieg des Transitverkehrs

Freiheit des Warenverkehrs zählt mehr als Gesundheit, Tier-schutz oder Umweltschutz. Der Transitvertrag, den Österreich mit der EU geschlossen hat, wird in keiner Weise eingehalten. Trotz Blockaden der Brennerautobahn und zahlreicher Protestaktionen ist keine Besserung in Sicht, zumal der Transitvertrag 2003 endet. Nach der geplanten Osterweiterung der EU wird sich der LKW-Transit im Osten Österreichs laut Prognosen verzehnfachen.

Sozialabbau

Österreich zahlt der EU jedes Jahr 34 Milliarden Schilling an Beiträgen, wobei ca. 15 Milliarden an Förderungen zurückflie-

Die Aktion EU-Austritt ist eine Plattform aus folgenden Organisationen: Verein gegen Tierfabriken, Verein Zeit-Fragen Österreich, Bürgerliste Perchtoldsdorf, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Salzkammergut, Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt – Nein zur Atomenergie, Überparteiliche Liste für Bad Ischl, Unabhängiger Bauernverband Österreichs, Christliche Wählergemeinschaft, Initiative Heimat und Umwelt. Die einzelnen Gruppen sind weder links noch rechts orientiert, sondern Idealisten, die menschliche Werte, Tier- und Umweltschutz höher bewerten als die Interessen des Kapitals. Bemerkenswert ist, daß alle vier politischen Parteien inzwischen völlig EU-konform geworden sind und somit die österreichischen EU-Gegner politisch im Parlament nicht vertreten sind! Es gibt Bestrebungen, eine Unabhängigkeitspartei in Österreich zu gründen, um bei den nächsten Parlamentswahlen kandidieren zu können. Die Organisationen der Aktion EU-Austritt haben bezüglich Parteigründung jedoch unterschiedliche Ansichten und werden in dieser Form nicht als Partei auftreten. Das Volksbegehren "Neue EU-Abstimmung" hat großes internationales Interesse hervorgerufen und wir wollen diese fruchtbaren Kontakte weiterhin pflegen. Wir sind gerne bereit, an Tagungen teilzunehmen und über unsere Aktivitäten zu berichten. Gabriele Wladyka

ben. Um die Beitragszahlungen aufzubringen, wird vor allem im sozialen Bereich gespart.

Verlust von Demokratie und Souveränität

80% unserer Gesetze werden von Lobbyisten in Brüssel gemacht und im nationalen Parlament nur mehr ratifiziert. Dies widerspricht der Verfassung, in der steht: "Österreich ist eine demokratische Republik. Das Recht geht vom Volk aus." Dr. Adamovich, Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, meinte dazu im Jahr 2000: "Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das Recht nicht mehr vom Volk ausgeht." Damit wurde ausgesprochen, daß die Demokratie und deren Grundlage, die Souveränität, für die österreichische Bevölkerung weitgehend nicht mehr existiert.

Am 21. 6.2001 tagte der Verfassungsausschuß des Parlamentes, dem 25 Abgeordnete aller Fraktionen angehören. Die Proponenten des Volksbegehrens NEUE EU-ABSTIMMUNG durften zwei Experten nominieren, Universitätsprofessor Schachtschneider, Professor für Staatslehre, Uni Erlangen, und Professor Bader, Philosoph, Wien. Seitens der Parteien waren sechs Experten nominiert worden.

Alle Experten waren einhellig der Meinung, daß ein EU-Austritt Österreichs rechtlich möglich sei. Allerdings meinten die Experten der Parteien, daß dieser nicht sinnvoll sei, da die EU ja so viele Vorteile gebracht habe und ein Austritt mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden sei und daher kaum durchführbar.

Univ. Prof. Schachtschneider stellte fest, daß die Politiker als gewählte Mandatäre ja Volksvertreter seien und somit

eigentlich Diener und nicht Herrscher des Volkes. Das Volk könne jederzeit seine Angelegenheiten auch wieder selbst in die Hand nehmen und habe dies mit dem Volksbegehren, das von 193'000 Bürgern unterschrieben wurde, bekundet. Das Parlament habe kein Recht, dem Volk ein neues Referendum zu verwehren.

In der Diskussion haben aber sämtliche Parlamentarier zu verstehen gegeben, daß sie keine neue EU-Abstimmung ermöglichen werden. Das Parlamentsplenum wird zwischen dem 4. und 7. Juli über eine Abstimmung befinden.

Die Professoren Schachtschneider und Bader haben angekündigt, in dieser Angelegenheit Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzubringen, sollte das Parlament die Forderung nach einer Volksabstimmung ablehnen – was mit Sicherheit anzunehmen ist.



Volksbegehren "Neue EU-Abstimmung"

Im Jahre 1998 begann Frau Inge Rauscher (Initiative Heimat und Umwelt) ein Volksbegehren zu initiieren, um eine "Neue EU-Abstimmung unter fairen Bedingungen" zu erwirken. Für ein Volksbegehren, das die Regierung und das Parlament allerdings nicht zu einer Volksabstimmung verpflichten kann, sind in einem ersten Schritt mindestens 7800 (ein Promill der Bevölkerung) beglaubigte Unterschriften notwendig. Am 16. Juni 2000 war es dann soweit, die AKTION EU-AUSTRITT, zu der sich verschiedene unterstützende Gruppierungen zusammengefunden hatten, konnte das Volksbegehren beim Innenminister einreichen. Es wurde in der Folge vom Verfassungsdienst des Innenministeriums überprüft und für zulässig befunden. Damit hat das Volksbegehren bereits das Verdienst, bewiesen zu haben, daß ein EU-Austritt Österreichs rechtlich möglich wäre. Dies wurde von vielen Politikern bisher bestritten.

Das Volksbegehren musste nunmehr der offiziellen Unterschriftensammlung in Eintragungslokalen unterbreitet werden. Vom 29.11.2000 bis zum 6.12.2000 fand die Eintragungswoche statt. Jeder Wahlberechtigte hatte die Möglichkeit zu unterschreiben. Obwohl das Volksbegehren stark boykottiert wurde (es wurden Plakate und Informationen entfernt; viele Bürger erfuhren nicht, wo ihr Eintragungslokal war; in manchen Großstädten war nur eine Lokal geöffnet) und obwohl es von den Medien beinahe totgeschwiegen wurde, ist es doch gelungen, 193'000 Unterschriften zu sammeln. Volksbegehren, die über 100'000 Unterschriften zusammenbringen, müssen im Parlament behandelt werden. Das Parlament muss jedoch – im Gegensatz zu den demokratischen Möglichkeiten in der Schweiz – keine Volksabstimmung ansetzen.

Die österreichischen Parlamentsparteien zeigten sich sehr

erstaunt über das Ergebnis und bezeichneten es als großen Erfolg für die Initianten. Gleichzeitig unterstrichen aber alle Parteioberleute, daß eine neue EU-Abstimmung gar nicht in Frage komme. Am 21. Juni von 14 bis 17 Uhr fand nun im Verfassungsausschuß des Parlaments ein öffentliches Hearing statt (siehe Kasten). Wir durften zwei Experten nominieren: Professor Schachtschneider (Universität Erlangen Deutschland), der bereits durch seine Beschwerden an den deutschen Bundesverfassungsgerichtshof gegen den Maastricht-Vertrag 1993 und gegen die Währungsunion 1997 bekannt wurde und Professor Bader von der Universität Wien.

Ende der direkten Demokratie?

Im Regierungsprogramm ist zu lesen, daß in Zukunft Volksbegehren, die von 15% der Wahlberechtigten unterschrieben werden, (ca 900'000 Unterschriften) zwingend einer Volksabstimmung unterzogen werden sollen. Solch hohe Hürden nennen sich "Stärkung der direkten Demokratie". Zudem dürfen diese Volksbegehren:

- nicht in Widerspruch zu EU-Recht stehen,
- keine Verfassungsänderung zum Inhalt haben
- Landesrecht nicht berühren
- keine wesentlichen finanziellen Mehrbelastungen zur Folge haben.

Nach diesen Regeln hätte kein einziges der bisherigen Volksbegehren durchgeführt werden können! Es sieht ganz danach aus, daß die Anfänge direkter Demokratie in Österreich nicht gestärkt, sondern endgültig abgeschafft werden sollen. Dann sind wir zweifellos EU-konform, denn in der EU sollen nur mehr "wissende Eliten" entscheiden, wie der deutsche Außenminister Joschka Fischer das kürzlich ausdrückte. Der Wille der Bevölkerungen ist nicht mehr gefragt. ■

Da uns bei den Unterstützungsgruppen der EU-Austritts-Initiative Namen wie "Heimat und Umwelt" aufgestossen sind, telefonierten wir in Österreich herum, um etwas mehr über den politischen Hintergrund der Initiative zu erfahren.

Die politischen Unterschiede sicherheitspolitischer EU-Kritik in Österreich

Das Nein aus Irland zum Vertrag von Nizza, die Aufrüstungsbestrebungen des Bundesheers und die Forderung des Bundeskanzlers nach einer militärischen Beistandsverpflichtung in der EU – und damit die Option, in EU-Kriege gezogen zu werden – haben die Neutralitätsdebatte in Österreich wieder entfacht.

Die Neutralität wird in Österreich nicht nur mit hohen Festungsmauern und einer hochgerüsteten Armee verbunden, sondern wird durchaus als antimilitaristisches und welt-offenes Konzept verstanden. Der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky bemühte sich in diesem Sinne um ein großes Engagement in der Vermittlung im Nahen Osten oder in der Intensivierung des Nord-Süd-Dialoges. Auch der UNO-Standort Wien ist in diesem Geiste zu verstehen. Dass Kreisky dies vorwiegend als nichtmilitärische Aufgaben verstand, steht das geringe Heeresbudget Österreichs Zeuge.

Im Sinne der Wiedererringung einer aktiven Neutralitätspolitik haben sich Bündnisse gebildet, die fast das gesamte Spektrum der Österreichischen Friedensbewegung, Teile der Kirche, weite Teile der Grünen und der KPÖ, Links-Intellektuelle, KünstlerInnen und entwicklungspolitisch aktive Gruppen umfasst. Es wird auch immer wieder versucht, auf für diese Anliegen ansprechbare Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft zuzugehen. Enge Beziehungen pflegt die Österreichische Neutralitätsbewegung zu Schwesternorganisationen in Irland, Schweden, Finnland sowie auch zu Bewegungen in der Schweiz, in Tschechien, Ungarn, Polen, der Slowakei, Slowenien, Bulgarien und zu Bewegungen aus den Baltischen Staaten.

Die Österreichische Friedens- und Neutralitätsbewegung konnte die EU-Austritts-Initiative nicht unterstützen, da sich die Initianten vom politisch rechten oder gar rechtsextremen Rand nicht abgrenzen konnten oder wollten. Bei den meisten im Rahmen der EU-Austritts-Initiative aktiven Personen handelt es sich jedoch um Einzelpersonen, denen man oft eher eine gewisse politische Naivität denn rechtes Gedankengut zuschreiben muss. Andere wiederum trachten das Bündnis gegen die EU durch allzu heimatverbundenes oder nationalistisches Gedankengut zu verbreitern. Thomas Roithner, Wien



Die Medien unterschlugen, dass Tausende friedlich gegen die EU demonstrierten.

Göteborg - ein Erlebnis voller Gegensätze

Dieses Jahr nahm ich zum fünften Mal an einem Europäischen Zukunftskongress teil. Der Kongress sollte während des EU-Gipfels in Göteborg stattfinden, und ich hatte mit Spannung auf die grosse Demonstration gewartet. Ich wollte an einer friedlichen Demo teilnehmen, und zusammen mit Tausenden von anderen EU- und Globalisationskritikerinnen und -kritikern meine Meinung ausdrücken.

von Vanessa Klötzer, Studentin, EU-Kritische Jugend, Frauen für den Frieden, Finnland

Die Stimmung in Göteborg war anders als ich erwartet hatte. Schon am ersten Tag sahen wir, wie eine Schule, in der eine Gruppe von Aktivisten Unterkunft gefunden hatten, und in der unser Kongress stattfinden sollte, von der Polizei gestürmt wurde. Strassen wurden blitzartig mit Containern abgesperrt, und überall waren Polizisten mit Pferden und Hunden. Die Provokation der Polizei heizte die Stimmung an, so dass eine Konfrontation unvermeidlich schien. Ein Dialog war nicht möglich. Ich sprach mit einem sehr netten Polizisten, der von seinem Kollegen aber schnell zurückgepiffen wurde.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Europäischen Zukunftskongress, die aus baltischen und osteuropäischen Ländern angereist waren – zu 50% unter 30 Jahre alt, war es ein Schock, das aggressive und gewaltsame Verhalten der Polizei in einem demokratischen Land wie Schweden zu erfahren. Knüppel wurden blind eingesetzt und viele Demonstranten von Polizeihunden gebissen.

Die meisten der 100.000 Demonstranten in Göteborg waren, wie ich, ganz friedlich. Die Medien haben aber beinahe nur die negativen Bilder publiziert. Sie haben unterschlagen, dass z.B. eine ganz friedliche Anti-EU-Demonstration mit 25 000 Teilnehmern stattfand. Keineswegs waren alle Demonstranten steinwerfende Autonome. Ich selbst hatte Angst vor den rund 200 schwarzgekleideten Chaoten, die in der Stadt herumtobten. Ich hatte allerdings mehr Angst vor den Polizisten.

Kurzinfos

Olaf Palme und die EU

Olaf Palmes (berühmter ehemaliger sozialdemokratischer Regierungschef Schwedens) Skepsis gegenüber der damals noch EG genannten EU war sprichwörtlich. Er soll die EU-Integration als konservatives, kapitalistisches und kolonialistisches Projekt verachtet haben. NZZ. 28.2. 01, S. 5

EU-Transitkolonialvertrag mit Ungarn

Die EU und Ungarn haben ein Abkommen über den Transitverkehr durch Ungarn abgeschlossen, das den EU-Mitgliedstaaten die Transitrechte aus den bisher gültigen bilateralen Einzelabkommen sichert. Demnach sind mehr als 90% der ausländischen Lastwagen weiterhin nicht verpflichtet, irgendwelche Gebühren oder Steuern zu bezahlen. Ausserdem wird die Neueinführung solcher Massnahmen erheblich erschwert, und

Europäische Werte

Aus der Schule, in der im nebenstehenden Artikel die Rede ist, nota bene ein Nebenschauplatz, wurden die jungen Leute zweimal evakuiert. Ein drittes Mal wurden manche von der Polizei mit Maschinenpistolen in den Schulhof geführt. Dort mussten sie sich für mehr als eine halbe Stunde auf den Boden legen, mit ihren Gesichtern auf den Boden und die Hände im Nacken – in strömendem Regen. Jedesmal, wenn jemand den Kopf hob oder die Position wechseln wollte, wurde mit dem Knüppel zugeschlagen. Dazu schrien die Polizisten wild und grob herum.

Der Kongress in Göteborg war aber nicht nur ein negatives Erlebnis. Ich habe neue Freunde aus ganz Europa kennengelernt sowie interessante Diskussionen geführt – und das ist für mich wichtig. ■

Das erste Mal seit den 30er Jahren wurde in Schweden auf Demonstranten scharf geschossen. Dabei hatte Schweden noch vor kurzem Israel scharf kritisiert, weil dort die Polizei und die Armee auf steinwerfende junge Palästinenser mit scharfer Munition los gehen. Offenbar fühlen sich die EU-Eliten – in welche die Sozialdemokratie fest eingebunden ist – mittlerweile so sicher, dass sie auf die eigene Bevölkerung losgehen können – die euronationalen Medien stehen ja stramm. p.r.

die Zahl der kostenlosen Durchfahrten durch Ungarn erhöht. Strengere ungarische Regelungen für LKW bezüglich Gewicht, Achslast und Ausmasse werden ausser Kraft gesetzt, solange die Fahrzeuge den Bestimmungen der entsprechenden EU-Richtlinie genügen. Darüber hinaus wird durch das Abkommen der Tanktourismus gefördert, da es den zollfreien Import allen getankten Benzins garantiert. In Ungarn macht der Tanktourismus heute 30% des gesamten Benzinverbrauchs aus. Umweltverbände haben das Abkommen scharf kritisiert und fordern Nachverhandlungen. DNR-EU-Rundschreiben, 6/2001, S. 41



"Die Fehler der Länder nicht im Bund wiederholen"

Direkte Demokratie in Deutschland

Die direkte Demokratie in Deutschland befindet sich weiter auf dem Vormarsch. Seit Beginn der 90er Jahre sind Bürger- bzw. Volksbegehren auf Kommunal- und Landesebene flächendeckend verankert. Die Bürgerinnen und Bürger machen seitdem immer öfter Gebrauch von diesen Instrumenten, die ihnen erlauben, unmittelbar über politische Sachfragen zu entscheiden.

von Ralph Kampwirth, Politologe und Journalist, Pressesprecher von Mehr Demokratie e.V.

Auftrieb für Direkte Demokratie auf Bundesebene

Nicht zuletzt durch die positiven Erfahrungen in den Ländern erhält auch die Debatte über bundesweite Volksentscheide neuen Auftrieb. Im vergangenen Jahr wurde diese Frage insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorstoß Günter Verheugens, das Volk über die EU-Osterweiterung abstimmen zu lassen, intensiv diskutiert. Die rotgrüne Koalition in Berlin hat eine Reform des Grundgesetzes angekündigt, 2001 will die SPD Eckpunkte für einen bundesweiten Volksentscheid vorgeben. Vor diesem Hintergrund sind die Erfahrungen aus den Ländern besonders wertvoll.

Mehr Demokratie e.V. beobachtet seit über 10 Jahren Volksinitiativen und Volksbegehren in den Bundesländern. Der "Volksbegehrens-Bericht 2000" zieht eine Bilanz des vergangenen Jahres. Welche Themen bewegen die Bürger? Wer bedient sich der direkten Demokratie? Wie groß sind die Erfolgchancen für Volksbegehren? Welche Konsequenzen lassen sich für die aktuelle Debatte auf Bundesebene ziehen?

Direkte Demokratie auf Landesebene

Die direkte Demokratie ist in den Ländern dreistufig gestaltet, wobei die Quoren und Fristen unterschiedlich sind. Das folgende Vorgehen muss eingehalten werden:

1. Antrag auf Volksbegehren / Volksinitiative: Im ersten Schritt müssen die Bürger zunächst einen formalen Antrag auf ein Volksbegehren stellen. In einigen Bundesländern wie z.B. Brandenburg berät und entscheidet hier bereits das Parlament über den Antrag. Dann spricht man von einer Volksinitiative. Auf dieser ersten Stufe wird die rechtliche Zulässigkeit geprüft.

2. Volksbegehren: Im zweiten Schritt kommt es zum Volksbegehren. Die Unterschriftenhürden (Quoren) variieren hier zwischen vier (Brandenburg) und 20 (NRW, Hessen) Prozent. Erst ein erfolgreiches Begehren führt zum abschließenden Umengang der Bürger (Volksentscheid). (Das Volksbegehren entspricht der Initiative in der Schweiz. Das Quorum beträgt in der Schweiz 100'000 Unterschriften)

3. Volksentscheid: Ein Volksentscheid hat rechtlich die gleiche Bedeutung wie eine Parlamentsabstimmung. Anders als bei Wahlen reicht jedoch in den meisten Ländern die einfache Mehrheit nicht aus. In der Regel ist die Zustimmung von mindestens einem Viertel, bei Verfassungsänderungen sogar der

Hälfte aller Wahlberechtigten vorgeschrieben. Eine der wenigen Ausnahme bildet Bayern, das bei einfachen Gesetzen keine Zusatzklausel und bei Verfassungsänderungen ein Zustimmungsquorum von 25 Prozent vorsieht.

Volksinitiativen und Volksbegehren

Im Jahr 2000 registrierte Mehr Demokratie e.V. 27 direktdemokratische Verfahren auf Landesebene. Hinzu kommen mehrere Hundert kommunale Bürgerbegehren und Entschiede. Auf Länderebene handelt es sich häufig um Initiativen, die länger als ein Jahr laufen, also vor 2000 gestartet wurden oder in diesem Jahr weiter betrieben werden. Spitzenreiter war Brandenburg mit fünf Initiativen vor Bayern mit vier. Drei Länder verzeichneten keine Aktivitäten: Berlin, Hessen und das Saarland. Sieben Initiativen erreichten die zweite Verfahrensstufe, das Volksbegehren. Auffällig ist, dass allein vier Begehren in ostdeutschen Ländern – Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – durchgeführt wurden. Noch nie machten die Bürger in den neuen Ländern so intensiv Gebrauch von ihren Mitspracherechten.

Themen

Wichtigstes Thema der Bürger war die Stärkung der Demokratie. 12 von 27 Initiativen fielen im letzten Jahr in diesen Bereich. Schwerpunkt waren dabei neun Anträge, welche die direkte Demokratie – im Land oder auf Kommunalebene – reformieren wollten. Die klassischen Länderthemen Erziehung/Bildung/Kultur spielten mit zehn Vorstößen ebenfalls eine große Rolle. Allein drei Anträge wandten sich gegen Mittelkürzungen bei den Kindertagesstätten. Die weiteren fünf Initiativen betrafen Fragen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Jeder Antrag artikulierte berechnete Interessen, meist handelte es sich um zentrale Fragen der Landespolitik.

Die Auswahl an zulässigen Themen, über welche die Bürger direkt entscheiden können, ist allerdings stark eingeschränkt. Dies liegt erstens an der Schwäche des Föderalis-



mus, die Kompetenzen der Länder sind begrenzt. Zweitens hat sich in den letzten Jahren die Tendenz herauskristallisiert, dass Volksbegehren mit "wesentlichen" Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte als unzulässig eingestuft werden ("Finanztabu"). Anders gesagt: Über die Verwendung der öffentlichen Mittel darf das Volk nicht direkt abstimmen. Diese umstrittene Interpretation der Landesverfassungen "entkern" förmlich die direkte Demokratie, denn es gibt nicht viele politische Entscheidungen ohne finanzielle Folgen.

Initiatoren von Volksbegehren

Die Mehrzahl aller Verfahren wird von Bürgerinitiativen eingeleitet (16 von 27). Allerdings sind diese für ihren Erfolg auf Bündnispartner angewiesen. Für größere Volksbegehren finden sich ausnahmslos Aktionsbündnisse zusammen, denen sich häufig Oppositionsparteien und Verbände anschließen. Parteien treten nur selten als Initiatoren auf. Nur drei Volksinitiativen wurden von ihnen eingeleitet. Den Oppositionsparteien kommt vor allem als Bündnispartner eine wichtige Rolle zu. Acht Verfahren gehen auf Verbände wie z.B. Gewerkschaften oder Elternorganisationen zurück.

Erfolgschancen

Das Engagement der Bürger wird nur selten von Erfolg gekrönt. Die Hälfte aller Initiativen scheiterte bereits an der Zulässigkeitsprüfung: sie wurden von den zuständigen staatlichen Stellen und den Gerichten als verfassungswidrig eingestuft. Etliche scheitern bereits im Vorfeld an der Unterschriftenhürde oder werden wegen der geringen Erfolgschancen nicht weiterverfolgt. Im Jahr 2000 erreichten sieben Vorstöße die zweite Verfahrensstufe, das Volksbegehren:

- Die Initiative "Mehr Demokratie in Thüringen" übersprang als einzige die Unterschriftenhürde. Mit 387.469 Stimmen (19,2 Prozent) lag das Volksbegehren überraschend deutlich über dem Quorum von 14 Prozent. Die Unterschriften werden derzeit geprüft, an dem Erfolg des Begehrens bestehen jedoch kaum Zweifel.

- Fünf weitere Begehren scheiterten an den unterschiedlich hohen Hürden in den Ländern:

- In Bayern blieben Initiativen für eine "Bessere Schulreform" mit 5,7 Prozent und für ein neues Richterwahlrecht mit 3,0 Prozent hinter dem Quorum von einem Zehntel der Wahlberechtigten zurück. Erfolglos war auch das sächsische Begehren "Pro kommunale Sparkasse", das allerdings nur hauchdünn an der gesetzlichen Hürde von 450.000 Stimmen scheiterte. Am Ende fehlten ganze 534 Unterschriften. Die Initiatoren klagen gegen das Ergebnis, weil ihnen nach eigenen Angaben über 100.000 Stimmen aberkannt wurden. Deutlich scheiterte auch die Musikschul-Initiative in Brandenburg mit einem statt der erforderlichen vier Prozent. Die Gegner der Rechtsschreibreform verfehlten in Bremen die 10-Prozent-Marke, gaben jedoch kein genaues Ergebnis bekannt.

- In Sachsen-Anhalt läuft noch bis zum 10. März das Volksbegehren "Für die Zukunft unserer Kinder". Laut Angaben der Initiatoren kamen bisher über die Hälfte der erforderlichen 250.000 Stimmen zusammen.

Damit kam im Vorjahr wie schon 1999 kein Volksentscheid zustande. 1998 hatten es noch vier Volksbegehren an die Urne geschafft. Für das Jahr 2001 bestehen allerdings Chancen für den ersten aus der Mitte der Wählerschaft eingeleiteten Volksentscheid in einem ostdeutschen Bundesland. "Mehr Demokratie in Thüringen" hat die Hürde zum Volksbegehren mit großer Sicherheit genommen. Auch die Initiative "Pro kommunale Sparkasse" könnte noch an die Urne kommen, weil der Klage gegen das knappe Ergebnis des Volksbegehrens gute Erfolgschancen eingeräumt werden. Schließlich ist auch der Ausgang des Kita-Volksbegehrens in Sachsen-Anhalt noch offen.

Die Erfolgschancen für Volksbegehren waren im Jahr 2000 – wie schon in den Vorjahren – gering. Lediglich zwei Vorstöße erzielten indirekte Erfolge, weil sich das Parlament das Anliegen ganz oder teilweise zu eigen gemacht hat: Die Volksinitiative "Für die Sonntagsöffnung von Videotheken" in Hamburg und das Volksbegehren zum Musikschulgesetz in Brandenburg.

Damit war nur jedes zehnte der 20 im Jahr 2000 abgeschlossenen direktdemokratischen Verfahren in den Bundesländern erfolgreich. Zum Vergleich: In der Schweiz und den US-Bundesstaaten liegen die Erfolgsquoten von Volksbegehren mit ca. 30 bis 40 Prozent deutlich höher – bei einer sehr viel höheren Zahl der Verfahren. In diesen Ländern greifen die Bürger häufiger und erfolgreicher in die Politik ein.

Rechtliche Entwicklung

Bei der Hälfte der beantragten Volksbegehren kamen die zuständigen staatlichen Stellen zu dem Schluß, das der Vorstoß der Bürger geltendes Recht verletze. Die Verfassungsgerichte bestätigten in der Mehrzahl der Fälle die restriktive Auslegung des Volksentscheidungsrechts. Umstrittenstes Thema war dabei die Reform der direkten Demokratie selbst:

- In Bremen lehnte der Staatsgerichtshof ein Volksbegehren zur Vereinfachung des Volksentscheidungsrechts in der Landesverfassung ab, weil es gegen das Demokratiegebot des Grundgesetzes verstoße.

- Mit einer ähnlichen Begründung, nur bezogen auf die Landesverfassung, wies der bayerische Verfassungsgerichtshof zwei Anträge für die Reform des Volksentscheidungsrechts und des kommunalen Bürgerentscheidungsrechts zurück.

- Die Landesregierungen in NRW und Baden-Württemberg erklärten Volksbegehren für mehr Bürgerbeteiligung im Land (NRW) und auf Kommunalebene (Baden-Württemberg) aus unterschiedlichen Gründen für verfassungswidrig.

Drei weitere Urteile fallen ins Auge:

- Das Bundesverfassungsgericht wies die schleswig-holsteinische Volksinitiative "Schule in Freiheit" zurück, weil sie gegen das Finanztabu für Volksbegehren in der Landesverfassung verstoße. Entgegen anders lautender Presseberichte fällt Karlsruhe damit allerdings keine Grundsatzent-



scheidung über die Unzulässigkeit haushaltswirksamer Volksbegehren. Das Urteil bezieht sich nur auf die aktuelle Regelung des Haushaltsvorbehalts in Schleswig-Holstein.

- Nur in zwei Fällen widersprachen die Richter den Anliegen der Landesregierung und ließen beanstandete Volksbegehren doch noch zu. In beiden Fällen mussten die Initiatoren jedoch deutliche Einschränkungen hinnehmen. Der bremische Staatsgerichtshof gab grünes Licht für den Antrag "Wir gegen die Rechtschreibreform". Eine Passage, die im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids die Rechtschreibreform durch das Veto Bremens in der Kultusministerkonferenz insgesamt zu Fall bringen wollte, wurde von den Richtern aus dem Gesetzentwurf gestrichen.

In Bayern erklärte der Verfassungsgerichtshof das Volksbegehren "Macht braucht Kontrolle" für zulässig. Allerdings trennten die Richter den Inhalt des Antrags in zwei Volksbegehren auf. Daraufhin verzichteten die Initiatoren auf die ursprünglich geplante Reform der Landesgerichte und konzentrierten sich auf ihre Vorschläge für ein "demokratisches Verfassungsgericht".

Der Spielraum für die Reform der direkten Demokratie in den Landesverfassungen wurde durch die umstrittenen Urteile des letzten Jahres eingeschränkt. Zwei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Wie hoch müssen die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide (Quoren) mindestens sein, um das Mehrheitsprinzip zu wahren?

2. In welchem Ausmaß darf das Volk haushaltswirksame Entscheidungen treffen?

Beide Fragen sind auch in der Rechtsprechung nicht abschließend geklärt. Unter den Verfassungsrechtlern besteht Uneinigkeit darüber, ob weitreichende Mitbestimmungsrechte, wie sie sich etwa in der Schweiz oder in zahlreichen US-Bundesstaaten bewährt haben, in Deutschland systemkonform wären. Ungeachtet dessen steht außer Frage, dass die derzeitigen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide bei einem entsprechenden politischen Willen gesenkt werden können, ohne dass ein Konflikt mit der vorherrschenden Interpretation des Verfassungsrechts entsteht.

Aktuelle Reformbemühungen

Mehrere Bundesländer führten im vergangenen Jahr eine Reform des landesweiten Volksentscheids durch oder bereiten diese vor: Rheinland-Pfalz halbierte im Rahmen der Verfassungsreform die Hürden für Volksbegehren von 20 auf zehn

Prozent und führte die Volksinitiative ein. Gleichzeitig wurde allerdings der bisher quorenlose Volksentscheid erschwert. Künftig ist eine Abstimmung erst dann gültig, wenn sich mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten beteiligt.

In NRW starteten die Regierungskoalition aus SPD und Grünen sowie die oppositionelle CDU Vorstöße zur Vereinfachung von Volksbegehren. Noch für dieses Jahr wird eine Einigung erwartet. U.a. soll die Hürde für Volksbegehren halbiert werden (bisher: 20 Prozent). Auch in Hamburg steht – nach über zwei Jahren – eine Einigung aller Bürgerschaftsfraktionen an, mit der die direkte Demokratie verbessert werden soll. Die Reform geht auf einen Volksentscheid aus dem Jahr 1998 zurück, in dem über eine halbe Millionen Wähler ein besseres Volksentscheidsrecht gefordert hatten.

Mehr Demokratie begrüßt diese Ansätze ausdrücklich. Offensichtlich wächst in den Parlamenten die Einsicht, dass die Hürden für die Bürger oftmals zu hoch angesetzt sind. Die parlamentarischen Vorstöße weisen in die richtige Richtung, gehen unserer Meinung aber nicht weit genug. In Hamburg etwa wird nur ein Bruchteil dessen umgesetzt, was die Bürger im Volksentscheid 1998 an Erleichterungen forderten. Hier springt ein Gegensatz zwischen Volk und Politik ins Auge: Alle Reformen der direkten Demokratie, die bisher von den Bürgerinnen und Bürgern per Volksbegehren oder Volksentscheid eingeklagt wurden, gingen sehr viel weiter als das, was die Parlamente bisher auf den Weg gebracht haben. Die im Ländervergleich bei weitem bürgerfreundlichsten Regelungen mit niedrigen Quoren und ohne wesentliche Einschnitte bei den Themen wurden 1995 in Bayern für die Gemeinden und 1998 in Hamburg für die Bezirke jeweils per Volksentscheid eingeführt.

Direkte Demokratie am Scheideweg

Der "Siegesszug der direkten Demokratie" seit Anfang der 90er Jahre führte zu einer flächendeckenden Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landes- und Kommunalebene. Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, dieses Mitwirkungsangebot anzunehmen. Die direkte Demokratie in den Bundesländern erlebte seitdem einen deutlichen Aufschwung. Doch der Beteiligungswille der Bevölkerung trifft auf Verfahren, die in hohem Maße unpraktikabel sind.

Bürger, die sich des Volksbegehrens bedienen, werden regelmäßig ernüchtert. Die häufigen Verbote von Initiativen, die restriktive Rechtsprechung, zu hohe Quoren beim Volksbegehren und beim Volksentscheid lassen das Instrument in fast allen Ländern ins Leere laufen. Die Gestaltung der direkten Demokratie ist noch immer von einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Volk geprägt. Die insgesamt positiven Erfahrungen aus dem Ausland, insbesondere der Schweiz und den US-Staaten, aber auch aus Bayern, das als einziges Bundesland eine rege Praxis aufweist, werden hierzulande noch zu häufig ignoriert.

Die direkte Demokratie ist auf dem Weg in eine hausgemachte Sackgasse, weil die Bürger aufgrund der vielen Rückschläge die frisch gewonnene Hoffnung in ihre Mitspracherechte gleich wieder zu verlieren drohen. Dies lässt sich am Beispiel zweier Bundesländer verdeutlichen, in denen die



Bürger Mitte der 90er Jahre starke direktdemokratische Aktivitäten entfachten, in denen jedoch fast alle Volksbegehren scheiterten:

- In Schleswig-Holstein erhielt der Volksentscheid für die Wiedereinführung des Buß- und Bettages 1997 zwar eine Mehrheit, verfehlte aber das Zustimmungsquorum von 25 Prozent. Ein Jahr später sprach sich eine noch deutlichere Zahl der Wähler gegen die Rechtschreibreform aus, auch das Quorum wurde diesmal geschafft. Doch zwölf Monate nach der Abstimmung nahm der Landtag den Volksentscheid im September 1999 wieder zurück. Schließlich scheiterte im vergangenen Jahr die Volksinitiative "Schule in Freiheit" am Finanztabu.

- Ähnlich sieht die Lage in Bremen aus. Von neun landesweiten bzw. stadtbremischen Volksbegehren, die überwiegend in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gestartet wurden, erklärten Senat und Staatsgerichtshof allein sechs für unzulässig. Zwei Begehren scheiterten an der Unterschriftenhürde von 10 Prozent. In einem Fall (Parlamentsverkleinerung) stellten die Initiatoren das Volksbegehren ein, weil der Landtag ein entgegenkommen signalisierte. Allerdings hatte sich auch hier ein Scheitern in der Unterschriftensammlung abgezeichnet.

Die Konsequenz in beiden Ländern: Im Jahr 2000 wurden keine neuen Volksbegehren eingeleitet. Und es ist zu befürchten, dass die Bürger auch in Zukunft keine weiteren Initiativen starten. Die Mehrzahl der 16 Länder zählt nach wie vor zur "direktdemokratischen Diaspora", obwohl sie die Volksrechte zum Teil schon seit über 50 Jahren in der Verfassung verankert haben. Sie haben bis heute noch kein erfolgreiches Volksbegehren gesehen. Bürgerinitiierte Volksabstimmungen hat es bisher nur in Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein gegeben.

Die direkte Demokratie bedarf einer Generalüberholung. Faire Spielregeln müssen her, um das demokratische Engagement der Menschen nicht weiter zu entmutigen, sondern im Gegenteil sie zur Teilhabe zu ermutigen. Mehr Demokratie sieht dabei vor allem in drei Punkten Handlungsbedarf:

1. Streichung des Finanztabus. Künftig sollen auch Initiativen mit finanziellen Folgen zulässig sein. Dies ist einer der häufigsten Stolpersteine für Volksbegehren. Bedenken, das Volk könne nicht mit Geld umgehen, sind nur theoretischer Natur. Die Praxis spricht für das Gegenteil. In der Schweiz und in zahlreichen US-Bundesstaaten sind finanzwirksame Volksentscheide selbstverständlich. Studien zeigen, dass der Einfluß des Volkes hier zu stabileren Staatsfinanzen, geringerer Staatsverschuldung und effizienterer Politik beiträgt.

2. Erleichterung von Volksbegehren. Senkung der Unterschriftenhürden auf etwa fünf Prozent der Stimmberechtigten. Bisher liegen die Quoren in den Ländern zwischen zehn und 20 Prozent. Nur Brandenburg mit vier und Schleswig-Holstein mit fünf Prozent liegen niedriger, ohne dass es dadurch zu einer Inflation von Volksbegehren gekommen wäre.

3. Streichung der Abstimmungsklauseln beim Volksentscheid. Wie bei Wahlen sollte das Mehrheitsprinzip gelten. Auch hier sind die Erfahrungen positiv, etwa mit Volksentscheiden in Bayern oder auch in den USA und der Schweiz, die keine Abstimmungsklauseln kennen. Hohe Beteiligungs-

bzw. Zustimmungsklauseln, wie sie derzeit in den meisten Bundesländern gelten, verhindern gültige Volksentscheide. Sie behindern den politischen Wettbewerb, weil sie nachweislich Diskussionsverweigerung und Abstimmungsboykotte prämiieren.

Um Verfassungsänderungen durch das Volk zu erschweren, sind ebenfalls keine Abstimmungsquoren erforderlich. Stattdessen gibt es praktikable Alternativen: Etwa die Erhöhung der Unterschriftenzahl beim Volksbegehren und/oder eine Zweidrittelmehrheit beim Volksentscheid.

Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene

Nachdem 1998 mit SPD und Grünen erstmals eine Bundesregierung die Einführung der direkten Demokratie ins Grundgesetz in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hatte, kam die Debatte über den bundesweiten Volksentscheid erst im letzten Jahr richtig in Schwung. Die CDU gibt sich bisher ablehnend. Doch auch in der Union häufen sich die Stimmen für mehr Bürgerbeteiligung. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber berief eine Arbeitsgruppe, die das Verhältnis der CSU zur direkten Demokratie überprüfen soll. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) spricht sich ebenso für Volksentscheide auf Bundesebene aus wie der bayerische Innenminister Günter Beckstein (CSU). Auch die FDP befürwortet den Volksentscheid und hat ein parteiübergreifendes Vorgehen vorgeschlagen. Das ist auf jeden Fall erforderlich, um die nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag erreichen zu können. Nimmt man SPD, Grüne, FDP und PDS – letztere ist ebenfalls für Volksentscheide – beim Wort, so fehlen nur noch wenige Stimmen für eine Grundgesetzänderung.

Umfragen bestätigen seit Jahren, dass die Bürgerinnen und Bürger auch auf Bundesebene in wichtigen Sachfragen direkt entscheiden wollen. 70 Prozent der Deutschen sagen Ja zum Volksentscheid. Die deutliche Zustimmung geht quer durch die Anhängerschaft aller Parteien. Der Parteivorstand der SPD will 2001 Eckpunkte für Volksbegehren und Volksentscheide vorlegen. Die Sozialdemokraten sollten dabei nicht den Fehler machen, von vornherein Verhinderungs-Hürden festzuschreiben. Hohe Quoren oder das Verbot wichtiger Themen wie die europäische Integration würden den Volksentscheid ins Leere laufen lassen. Ein Placebo-Gesetz wird die Bürger nur frustrieren. Die Fehler aus den Bundesländern sollten im Bund nicht wiederholt werden.

Mehr Demokratie e.V. erarbeitet derzeit einen eigenen Gesetzentwurf für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden im Bund, der das Verfahren detailliert und fair regeln soll. Um die Debatte über die direkte Demokratie voranzutreiben, startet ein Bündnis aus über 60 Verbänden im Mai dieses Jahres die bundesweite Volksinitiative "Menschen für Volksabstimmung". Mehr Demokratie sucht das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern. Gleichzeitig führen wir Gespräche mit Abgeordneten und Parteien, um für bundesweite Volksentscheide mit fairen Spielregeln zu werben.

Eine Auflistung aller landesweiten Volksinitiativen und Volksbegehren des Jahres 2000 finden Sie unter: www.mehrdemokratie.de/volksbegehren2000.html ■



Buchbesprechungen



Die Schweiz und friedenserhaltende Operationen

Das Buch schreibt eine Geschichte der friedenserhaltenden Operationen seit dem Völkerbund und die Einstellung der Schweiz zu diesen Formen der Konfliktbearbeitung.

Eingehend analysiert Diethelm die Mehrdeutigkeit des Begriffs "friedenserhaltende Operationen". Im Rahmen der UNO hat sich jedoch eine relativ präzise Umschreibung ergeben: Bei friedenserhaltenden Operationen geht es dabei nicht um die militärische Aufrechterhaltung des Friedens. Ziel ist vielmehr eine gütliche Einigung der Beteiligten, wobei die beteiligten Streitparteien ihre Position als Hauptakteure beibehalten. Ohne deren Zustimmung ist die Beilegung oder Entschärfung des Konfliktes nicht möglich.

Dieses zentrale Merkmal der friedenserhaltenden Operationen (peace-keeping) leitet sich auf der einen Seite aus dem Völkerrecht (Souveränitätsprinzip) her. Danach darf die Handlungsfreiheit eines Völkerrechtssubjektes grundsätzlich nur mit dessen Einwilligung beschränkt werden. Aber auch die Theorien der Konfliktforschung legen dieser Zustimmung der beteiligten Parteien ein grosses Gewicht bei, da eine mit Druck oder Gewalt von aussen erzwungene Lösung die Symptome zwar kurzfristig überdecken, den Konflikt jedoch nicht zu lösen vermag.

Interessant ist, dass dieser Aspekt durch Einwände der Schweiz in die Konzeption der friedenserhaltenden Massnahmen einbezogen wurde. Bei der Transitfrage von Truppen, die für friedenserhaltende Massnahmen des Völkerbundes eingesetzt werden sollten, erwirkte der Bundesrat die Bedingungen der ausdrücklichen Zustimmung aller betroffenen Parteien und das Verbot friedenserhaltende Truppen für kriegerische Zwecke einzusetzen.

Weitere wichtige Aspekte sind: die beteiligten Parteien stimmen der Entsendung und deren Mandat vorbehaltlos zu. Oberstes Gebot einer Operation ist die Unparteilichkeit und Neutralität. An der Operation nimmt Militärpersonal teil, das jedoch nicht gewaltsam vorgehen darf. Wenn überhaupt, sind die Militärs nur mit leichten Waffen zur Selbstverteidigung ausgerüstet.

Diethelm weist darauf hin, dass die Schweiz friedenserhaltende Operationen vor allem dann mit substantiellen materiellen Beiträgen unterstützte, wenn ihr internationales Image angeschlagen war. In den anderen Perioden verfolgte die offizielle Schweiz eine Politik des "low profile" (tiefes Profil). Die Schweiz wurde erst auf entsprechende Anfragen von Seiten der internationalen Organisationen hin aktiv und gab sich auch dann noch zurückhaltend. So war die Schweiz sehr reserviert in der Zwischenkriegszeit, als ihr Statut und ihr Ansehen intakt war. Als die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg isoliert war, wurde jedoch ziemlich viel Aktivismus entfaltet (Korea), um sich international erkenntlich zu zeigen. Nach dem Nein zum UNO-Beitritt nahmen die entsprechenden Investi-

tionen wiederum markant zu, um den Image-Schaden für die offizielle Schweiz einzudämmen.

Robert Diethelm, Die Schweiz und friedenserhaltende Operationen, St. Galler Studien zur Politikwissenschaft, 1920–1995, Bern, Haupt, 1997.



Zukunftsperspektiven

Die neueste Jubiläumsnummer des Widerspruchs (Nummer 40) widmet sich dem Thema "Zukunftsperspektiven". Wir picken aus den vielen interessanten und lesenswerten Artikeln ein paar zur Besprechung heraus: Den Band eröffnet Arnold Künzli mit seinem

Artikel "Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie". Er diskutiert u.a. den Zusammenhang von Markt und Demokratie und kritisiert vor allem die von den Dogmatikern des Neoliberalismus dauernd wiederholte These, "wonach freie Marktwirtschaft und Demokratie einander bedingen". Diese These treffe nur auf einen "versorgungsorientierten Markt", nicht jedoch auf einen kapitalistisch bestimmten Markt zu. Die neoliberale These verdecke den undemokratischen Charakter eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Im Kapitalismus sind Marktwirtschaft und Demokratie nicht identisch, sondern schliessen sich gegenseitig aus. "Solange die Wirtschaft nicht demokratisiert ist, bleibt auch die politische Demokratie nur eine halbe, zumal dann, wenn das Parlament sich mehrheitlich aus wirtschaftlichen Interessenvertretern zusammensetzt."

Künzli versucht das schwammige Wort "Sozialismus" zu füllen: "Demokratischer Sozialismus heisst die beharrliche Ausweitung des Geltungsbereichs der Bürger- und Menschenrechte von der Politik auf die ganze Gesellschaft, vor allem auf die Wirtschaft." (S. 5). und "Eine moderne Konzeption von "Sozialismus" lässt sich kaum anders denn als ein Demokratisierungsprozess entwerfen, der von den geschichtlichen Ursprüngen demokratischer Praxis ausgeht, aber nicht bei der politischen Demokratie stehenbleibt" (S.9). Für die Demokratisierung der Wirtschaft schlägt er einen Rückgriff auf die Konzepte demokratischer Selbstverwaltung in der Wirtschaft vor. Die Beziehungen zwischen den selbstverwalteten Betrieben würden über einen politisch kontrollierten Markt geregelt.

Künzli weist eindringlich auf Grössenaspekte der Demokratie hin. Er widmet etliche Ausführungen der Bedeutung der Gemeinde für die Demokratie. "Tocqueville hatte erkannt, wenn auch nicht explizit formuliert, dass es ein Gesetz zu geben scheint, wonach der Volkswille proportional zur wachsenden Grösse des Raumes, innerhalb dessen er Geltung besitzen soll, an Durchsetzungsvermögen verliert, bis seine Inhalte schliesslich zur blossen Ideologie verkommen, deren sich die Mächtigen als Feigenblatt für ihre partikularen Interes-



sen bedienen". Entsprechend gibt sich Künzli kritisch gegenüber der Schaffung irgendeiner Form von "Weltrepublik". Bezüglich des EU-Themas schweigt er sich jedoch im Artikel seltsamer Weise völlig aus, obwohl sich hier ja ähnliche Fragestellungen ergeben und sich seine These über die Rolle der Grösse akut bestätigt.

Michael R. Krätke untersucht die Perspektiven des "Europäischen Wohlfahrtskapitalismus" und eines neuen "Reformismus". In diesem Zusammenhang diskutiert er die Rolle des Staates in der Konstitution von Märkten. "Die eigenen, "nationalen" Industrien zu schützen bzw. ihnen gegen fremde, "ausländische" Konkurrenz auf die Beine zu helfen, Märkte gegen fremde Akteure und fremde Waren abzuschliessen bzw. fremde Märkte zu erobern – wo nötig mit Waffengewalt – ist eines der ältesten und dauerhaftesten Motive der modernen Staaten. Von Anfang an ging es dabei um Rechte und Vorrechte, um "Freiheiten", um verbindliche Regeln und Normen, kurz um alles, was zur politischen Konstitution von Märkten gehört. In diesem Spiel waren Staaten, andere Staaten, die wichtigsten Mit- und Gegenspieler. Privatunternehmen, auch grosse Multinationals, spielten nur in wenigen Fällen eine Vorreiterrolle und schafften es nur in den Hochzeiten des Imperialismus "ihren" Staat für ihre Interessen einzuspannen". Dem ist laut Krätke auch heute noch so.

Die Stärke des US-amerikanischen Kapitalismus hängt in erster Linie von der Stärke des US-amerikanischen big government ab. Sie beruht auf der Dollarisierung eines Grossteils der Weltökonomie, die trotz Euro nach wie vor in vollem Gang ist – ein nachhaltiger Erfolg der Weltpolitik der Grossmacht USA, der dem Land einen ständigen Zustrom ausländischen Geldkapitals beschert und die einzigartige Möglichkeit, sich beim grossen Rest der Welt fast beliebig verschulden zu können. Die amerikanische Wirtschaft profitierte stets vom de facto riesigen öffentlichen Sektor, vom Warfare State, von dem die meisten High-Tech-Unternehmen, die international konkurrenzfähig sind mehr oder weniger abhängen. Das "europäische" Modell des Wohlfahrtskapitalismus ist dabei der US-Wirtschaft keineswegs unterlegen. Die systematischen Beschränkungen der Unternehmerfreiheit im Umgang mit der Ware Arbeit können auf die Dauer auch den Unternehmern nützen, wie sich seit den Anfängen der Fabrikgesetzgebung in Europa immer wieder zeigte. "Was heute nach wie vor zählt, ist die Regulierungs- und Steuerungskapazität der Politik, sprich des Staates. Die hat aber, entgegen der Legende, in jüngster Zeit keineswegs abgenommen. Fragt sich nur, wozu sie genutzt wird bzw. warum und zu welchem Zweck man sie ungenutzt lässt".

Zu interessanten Überlegungen wird man durch den Artikel von Willi Brügglen geführt. Er vertritt die Ansicht: Wenn man mit Ökosteuern ein grundsätzlichen Richtungswechsel durchsetzen will, müssen die Steuersätze so hoch sein, dass die Ärmern von bestimmten Konsum- und Lebensformen ausgeschlossen werden – eine laut Brügglen politisch weder durchhaltbare noch wünschbare Vorstellung. Als Alternative schlägt er vor, dass die öffentlichen Hände den Märkten qualitative Vorgaben machen, um dann in einem zweiten Schritt mit Hilfe der Märkte zu klären, wer diese Vorgaben am effizien-

testen, flexibelsten und kundenfreundlichsten umsetzen kann (Beispiel: Einspeisevergütungen für erneuerbare Energie). Diese Position lohnt ein paar Gedanken. Dass Ökosteuern, die wirklich umweltgerechtes Verhalten erreichen, politisch nicht durchhaltbar sind, ist vermutlich zutreffend.

Es stellt sich aber schon die Frage, ob ein grundsätzlicher Richtungswechsel ohne konkreten materielle Auswirkungen machbar ist. Die Frage lautet: ist das westeuropäische oder US-amerikanische Niveau an Rohstoffverbrauch weltweit generalisierbar? In Westeuropa wird der Besitz eines Autos schon lange als Befriedigung eines Grundbedürfnisses betrachtet – eine Infragestellung dieses Anspruches würde als Angriff auf den "Sozialstaat" eingestuft. Als "echte" Grundbedürfnisse dürfen aber wohl nur Ansprüche gelten, die weltweit für alle durchsetzbar sind. Auch Westeuropäer haben nur Anrecht auf ein Auto, wenn die Welt nicht zusammenbricht, wenn jeder Erdenbürger ein Auto hat. Diese Sichtweise als unsozial darzustellen, würde eine durchaus euronationalistische Gesinnung verraten. Mit solchen Thesen hausieren zu gehen, dürfte allerdings politisch selbstmörderisch sein. Ökosteuern mit Auswirkungen auf den Konsum könnten somit durchaus wünschbar sein – wenn die Befriedigung der "wirklichen" Grundbedürfnisse dadurch nicht gefährdet ist ("wirklich" würde dann heissen "für alle erfüllbar").

Dan Gallin, Gewerkschafter, kritisiert die Abhängigkeit des "Europäischen Gewerkschaftsbundes" von der EU-Kommission, die ihm zwar Mittel zur Verfügung stelle und – laut Gallin "Legitimität" verleihe, ihm aber auch seine politischen Grenzen setze. Am letzten EU-Gipfel in Nizza (Dezember 2000) wurde alle gewerkschaftlichen Abänderungsanträge zur Europäi-

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik 40

Zukunfts-Perspektiven

Wirtschaftsdemokratie; Internationale Finanzmärkte, Europäischer Wohlfahrtskapitalismus; Wissensökonomie, Care Economy, Solidarisches Arbeiten; Ethik der Nachhaltigkeit, Ökosteuer, Neue Energiepolitik; Sozialisierung des Marktes, Sozialgenossenschaften; Gewerkschaften, Neuer Internationalismus

A. Künzli, E. Altwater, M.R. Krätke, A. Gorz, M. Madörin, C. Möller, M. Massarot, M. Müller, W. Brügglen, B. Flieger, M. Creydt, H. Busch, A. Rieger, D. Gallin

Diskussion

A. Demirovic: Kritische Gesellschaftstheorie
M. Jäger: Kapitalismus als Religion
M. Zülle: Psychoanalyse und Dissidenz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

21. Jg./1. Halbjahr 2001 Fr. 25.-

20 Jahre WIDERSPRUCH

208 Seiten, Fr./DM 25.- (Abonnement Fr./DM 40.-) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch



schen Sozialcharta ausnahmslos abgelehnt. Dies hat den EGB nicht abgehalten, das Scheitern als einen "kleinen Schritt vorwärts" zu bezeichnen. Im Grunde sei der EGB nichts als eine Lobby am Hof der Mächtigen. Auch die von manchen Gewerkschaften als grosse Errungenschaft gepriesenen Europäischen Betriebsräte (EBR) sind laut Gallin durchaus zwiespältig. Die EBR sind der Organisation förderlich, sofern die Gewerkschaften in der Lage sind, den EBR in eine internationale Gewerkschaftsvertretung umzufunktionieren. Sonst werden die Räte von den Konzernleitungen manipuliert. Dies sei jedoch nicht immer vermieden worden. Das zweite Problem bei den EBR ist die geografische Ausbreitung des gewerkschaftlichen Wirkungsbereichs. Die Richtlinie bezieht sich nur auf den EU-Raum und die Konzernleitungen bemühen sich, die EBR möglichst auf die EU-Länder zu beschränken. Das Interesse der Gewerkschaften wäre es aber, alle Betriebe eines Konzerns ausnahmslos und überall einzubeziehen – auch ausserhalb der EU und Europas.

Gallin schreibt "Die Verteidigung der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und des Rechtsstaates ist somit für Gewerkschaften eine Existenzfrage, in der es keine Kompromisse geben darf". Wie der EU-Kurs der Gewerkschaften mit einer solchen Position verträglich ist, erläutert er nicht.

Widerspruch, Zukunftsperspektiven, Nr. 40, 21. Jg./1. Halbjahr 2001, Postfach CH-8026 Zürich.



Wohin des Wegs, Europa?

Dieter Freiburghaus bezeichnet sein recht dickes, aber angenehm geschriebenes Buch als "Lesebuch zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der europäischen Integration". Ihm ist vor allem das Verhältnis von Einheit und Differenzierung in der EU-Integration

von Interesse. Zuerst schreibt er unter diesem Gesichtspunkt eine lesenswerte Geschichte der EU-Integration. Dabei leuchtet er jeweils die verschiedenen Differenzierungsdebatten in der Geschichte der EU aus (Kerneuropas, Europa à la carte, befristete oder nichtbefristete Ausnahmeregelungen). In einem zweiten Teil analysiert er die konkreten Differenzierungsbereiche seit Maastricht: Die sozialpolitische Rolle der EU (Sozialprotokolle), Schengen, Wirtschafts- und Währungsunion, die GASP (gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik). In einem letzten Teil wird die Gemeinschaft als eigenständiges politisches System analysiert.

Eingangs beleuchtet Freiburghaus einige Aspekte der "europäischen Identität", die aufschlussreich sind: Er zitiert Graf Kielmansegg: "Erfahrungen, die Europäer als Europäer machen – das setzt übrigens auch Abgrenzung vom Nicht-Europäischen voraus, wie denn alle Identitätsbildung elementar mit Abgrenzung zu tun hat". "Der Adel, die katholische Kirche und die Wissenschaft hatten als einzige in der Phase der Ausbildung der Nationen und des Nationalismus eine internationale und europäische (oder abendländische) Orientierung behalten. Dies war auch der soziale Hintergrund der

Paneuropabewegung eines Grafen Koudenhove-Kalergi. Im Bürgertum waren es vor allem obere Bildungsschichten, die ihr Europäertum betonten. Bei den Verhandlungen zum Schumann-Plan soll eine beinahe "konspirative Atmosphäre" geherrscht haben: Die feste europäische Überzeugung der Teilnehmenden konnte vorausgesetzt werden." (S. 14) (um das exakte Gewicht solcher Äusserungen zu erfassen, muss man "Europa-" durch "Deutsch-" oder ähnliches ersetzen! Aus Europäertum wird dann z.B. "Deutschtum").

Freiburghaus vertritt die These, dass die EU-Integration dadurch zu erklären ist, dass alle Staaten aus dem Freihandel und dem Gemeinsamen Markt einen Vorteil ziehen. Die ökonomischen Vorteile übersteigen die politischen Kosten der Integration, die in einer Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums, der Souveränität (und damit – von ihm nicht erwähnt – in einer Reduktion der Demokratie) bestehen. Dabei macht er sich allerdings eine spezifische ökonomische Doktrin zu nutze, die nicht unumstritten ist. Die EU-Integration sieht er dann gefährdet, sobald sie über den Gemeinsamen Markt hinausschiesst. Die politischen Kosten der Integration übersteigen dann den Nutzen. Eine differenziertere Analyse müsste allerdings berücksichtigen, wo in den einzelnen Staaten die Kosten (ökonomische und politische) und die Vorteile anfallen. Politische Kosten sind für die Regierungen nicht unbedingt solche, weil sie sich der parlamentarischen Debatte vor Ort entziehen können (in der Schweiz auch Volksabstimmungen).

Parlamente verteidigen ihre Interessen nicht automatisch, wenn die Karriere der Parlamentarier von einer Verteidigung der Entscheidungsbefugnisse eines Parlamentes unabhängig ist. Den Einfluss der Multis im EU-Intergrationprozess unterschlägt Freiburghaus völlig. Dabei ist gerade ein guter Teil der zusätzlichen Integration, die Freiburghaus als zu weitgehend betrachtet, auf den Einfluss der EU-Multis zurückzuführen, die in der EU öffentlich subventionierte Transporte, Senkung der Transaktionskosten (Einheitswährung, Vorrang der Ökonomie bei der Beurteilung von Warennormen, etc.) und einen militärischen Arm für weltweite Interventionen durchsetzen (und alles, was dazu politisch nötig ist).

Dieter Freiburghaus, Wohin des Wegs, Europa? Ein Lesebuch zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der europäischen Integration, Bern, Haupt, 2000





EU-Parlament für Biotechnologie

Entgegen seiner früheren Skepsis hat sich das EU-Parlament am 14. März mit einer überraschend deutlichen Mehrheit für eine weitreichende Förderung der Biotechnologie ausgesprochen. In der nicht-bindenden Entschliessung fordert das EU-Parlament die Mitgliedstaaten auf, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Entwicklung der Biotechnologie zu verbessern. Die EU-Kommission wird vom Parlament aufgefordert, einen Aktionsplan "Bio-Europa" auszuarbeiten und einen Bericht über den derzeitigen Stand der Biotechnologie-Industrie in den Mitgliedstaaten zu erstellen. DNR-EU-Rundschreiben, 4/2001, S. 17

Wo fährt der Vinylchloridzug?

Exemplarisch für den laschen Umgang oder die Verdunkelungspraktiken im Zusammenhang mit notwendigen Informationen bezüglich Gefahrentransporten ist der Fall eines Vinylchloridzugs, der mehrmals monatlich von Belgien durch Deutschland nach Italien fährt. Ursprünglich war seine Route durch die Schweiz gegangen, bis eine Bürgerinitiative dagegen Sturm lief und unter anderem auch die Lokomotivführer erstmalig über deren gefährliche Fracht informierte.

Aus der Schweiz, das im Vergleich zu anderen EU-Staaten hohe Sicherheitsstandards für Risikotransporte besitzt, wurde der Zug verbannt. Er fährt seither über Tirol, und zwar durch das enge, extrem dichtbesiedelte Inn- und Wipptal. Vorsorge wurde nicht getroffen. Es wird auch nicht informiert. Selbst die zuständige Tiroler Landesrätin hatte schon vor etlichen Monaten mehrmals vergeblich versucht, Informationen zu erhalten. Die Feuerwehr oder der Katastrophenschutz wissen bis heute nichts von diesem Zug und seinem Fahrplan – und der Streckenführung durch Deutschland. DNR-EU-Rundschreiben, 4/2001, S. 29

Weitreichende Liberalisierungsvorschläge

Die EU-Kommission hat Mitte März in Strassburg Vorschläge zur vollen Liberalisierung der EU-Energiemärkte ab 2005 verabschiedet. Alle (auch gewerbliche) Unternehmen sollen ab 2003 ihren Elektrizitätsversorger und ab 2004 ihren Erdgaslieferanten frei wählen können. Ab 2005 ist die freie Wahl von Strom- und Erdgasversorgung für sämtliche Konsumenten vorgesehen. Bisher erfasst die Liberalisierung nur Grosskunden.

Im Stromsektor wurden die Schwellenwerte so festgesetzt, dass der Marktöffnungsgrad von mindestens 30% im letzten Jahr auf mindestens 35% per 2003 steigt. Beim Erdgas muss die Öffnung von mindestens 20% ab letztem August auf 28% per 2003 zunehmen. Allerdings sind mehrere Mitgliedstaaten bereits weiter gegangen; der letztjährige EU-Durchschnitt betrug 66% beim Strom und 79% beim Gas. Die Kommission schlägt nun eine rechtliche und wirtschaftliche Trennung des Netzbetriebes von der Erzeugung/Gewinnung und dem Verkauf vor. Ausnahmen sind bei kleinen Verteilerunternehmen möglich. Zum andern soll in jedem Mitgliedstaat eine nationale, unabhängige Regulierungsbehörde die Tarife und Bedingungen für die Nutzung der Netze festlegen beziehungsweise genehmigen. Die Kommission schlägt weitere Massnahmen

zur Förderung des innergemeinschaftlichen Handels vor, damit nicht 15 offene nationale Märkte entstehen, sondern ein echter Binnenmarkt. Derzeit macht der grenzüberschreitende Handel nur etwa 8% des auf rund 250 Mrd. Euro geschätzten Gesamtumsatzes aus. NZZ, 14.4. 2001, S. 21

Deutliche Worte des UNHCR-Chefs

Der neue Hochkommissar des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) Lubbers kritisierte die EU-Staaten, dass sich diese einerseits darüber beklagten, es gebe zu viele sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Andererseits tue die EU aber nicht genug, um die Bedingungen der Menschen in ihrer Heimat zu verbessern. Lubbers kritisierte besonders Deutschland und Frankreich, da sie das UNHCR nur unzureichend unterstützten. Die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson hat die EU-Staaten wegen ihrer Einwanderungspolitik kritisiert. Robinson forderte die EU-Regierungen auf, ein Klima der Akzeptanz für Einwanderer zu schaffen. NZZ, 8.2.01.

Nur 27 Gemeinden Für "Ja zu Europa"

Von den 3000 Schweizer Gemeinenden stimmten nur 26 der EU-Beitrittsinitiative zu. Alle 27 Gemeinden liegen im französischsprachigen Teil der Schweiz, die meisten von ihnen im Jura-bogen. Ederswiler, die einzige deutschsprachige Gemeinde des Kantons Jura, sagte mit 94.2% am deutlichsten nein. Deutlich zeigte sich das Stadt-Land-Gefälle: je kleiner die Gemeinde, desto grösser die Ablehnung. NZZ, 6.3.01, S. 15

Zählfehler in Neuenburg

Auch in der Stadt La Chaux-de-Fonds ist die Initiative "Ja zu Europa" deutlich verworfen worden. Wie die Behörden nachträglich herausfanden, waren versehentlich rund 3000 Nein-Stimmen zum Befürworter-Lager gezählt worden. Statt 66% Ja Stimmen sind es nach der Korrektur nur noch 44.5%. Die Nachzählung für den gesamten Kanton ergab einen kantonalen Nein-Stimmenanteil von 55.8%.



La convergence de vues sans faille entre les socialistes et les deux principaux groupes de presse romands perturbe.

PSS - Naïveté ou soutien de la globalisation néo-libérale?

La tendance du PSS, à présenter l'adhésion à l'UE comme le préalable à toute avancée sociale, à la solidarité et à la justice sociale contraste avec la réalité d'une UE, bras des multinationales européennes et américaines servant à imposer la mondialisation néo-libérale aux peuples européens et au reste du monde.

Par Françoise Pitteloud

Réactions de la presse romande

Terrible défaite! La volte-face des Romands. Romand, as-tu perdu ta flamme? L'idéal européen balayé! Aux lendemains du vote, les titres catastrophés des journaux romands étaient à la mesure de l'engagement, une fois de plus unilatéral, de la presse romande pour soutenir l'initiative "Oui à l'Europe". MIX et REMIX, caricaturiste romand, résumait assez bien la chose en faisant dire à ses personnages: "Les NON ne sont pas tous des neinsager, les OUI ne sont pas tous des journalistes romands!" ... et des socialistes aurais-je envie d'ajouter! En effet, à part les journalistes romands, et bien sûr le NOMES (nouveau mouvement européen de Suisse), qui donc a fait de l'adhésion de la Suisse à l'Union européenne l'alpha et l'omega de toute position politiquement correcte si ce n'est le PSS? – les têtes pensantes du PDC ne s'étant ralliées à ce mot d'ordre que tardivement, probablement motivées avant tout par leur recherche désespérée d'un électorat qu'ils ne savent plus où pêcher.

Cette convergence de vues sans faille entre les socialistes et les deux principaux groupes de presse romands n'a cessé pourtant de perturber le simple militant, tant il est vrai que leurs valeurs et leurs objectifs respectifs se rencontrent par ailleurs rarement. Mais enfin, pourquoi chercher la petite bête alors que, pour une fois un accord au sujet de leurs programmes de base les réunissait sur ce postulat évident: l'adhésion de la Suisse à l'Union européenne était (et est?) le préalable à toute avancée sociale, à tout combat pour l'ouverture, la solidarité et la justice sociale.

Naïveté ou adoption du néo-libéralisme?

Une analyse indulgente de cette position du PSS pourrait aboutir au constat d'une certaine naïveté des socialistes, prêts à prendre leurs désirs pour des réalités et à confondre l'UE avec les Etats unis socialistes d'Europe, ou encore si contents de ne plus être qualifiés par cette même presse faiseuse d'opinion de dinosaures réactionnaires campant sur des acquis dépassés par les nécessités de la mondialisation et de l'internationalisation du capital.

Une analyse plus désabusée n'y verrait que le résultat de l'adaptation des socialistes suisses à la fameuse "troisième voie" des Blair, Schröder et Jospin qui appliquent sans états d'âme la politique d'une Union européenne fonctionnant comme le bras européen de l'OMC. Une Union européenne

qui, comme écrit Manuel Grandjean, rédacteur en chef du Courrier, "a montré ces dernières années qu'elle était un instrument de dérégulation, de liquidation des services publics, de libéralisation à tout crin."

L'UE comme projet social et démocratique a donc fait long feu, même en Suisse Romande! Chez les Romands étant censés, depuis le vote de décembre 1992, être les dépositaires de l'esprit d'ouverture et de solidarité de ce pays, ceci évidemment toujours d'après la presse romande. Pourtant dès 1997, des mouvements citoyens de toute nature se sont mis en marche contre ce qu'ils ont appelé "L'Europe cimetière du social".

C'est pourquoi, les commentaires geignards en provenances des élites politiques et journalistiques de notre pays sur la "perte de l'idéal européen" font sourire. "La jeune génération actuelle se moque des grandes aventures communes, elle se préoccupe d'abord d'elle-même, de son avenir personnel et professionnel" déplore le ministre jurassien PDC, Jean-François Roth, cité par l'HEBDO – à qui se fier, on nous avait pourtant juré que la jeunesse était pour l'UE, seul projet compatible avec son avenir? "Lorsque durant la campagne nous tentions d'ouvrir un vrai débat de fond, on nous ramenait systématiquement au ras des pâquerettes, sans égard pour la flamme politique que nous, naïfs, nous efforcions de transmettre," se plaint le conseiller national Jean-Philippe Maître PDC, cité par l'Hebdo. "C'est le tout à l'économique, même les Romands mettent en avant leurs intérêts immédiats." Bref, si l'on en croit les commentaires, les Romands sont tous devenus des Suisses allemands avec pour seul avantage qu'il



es désormais permis d'être eurosceptiques sans être blochétiens!

Le postulat qu'il ne saurait y avoir eu de non de gauche, en provenance des milieux qui défendent les droits démocratiques, la protection de l'environnement, le maintien des services publics contre la privatisation est une constante des analyses du vote du 4 mars, résultant probablement de la position du PSS. L'analyse VOX affirme à la fois qu'une majorité des non exprimés le 4 mars dénotent un rejet de fond de l'adhésion, tout en relativisant cette conclusion en distinguant des non "isolationnistes" et des non "raisonnables" – qui seraient en majorité romands! D'après cette analyse, "la transversalité du non dans toutes les catégories de la population serait frappante. Hauts et bas revenus, citadins et campagnards, jeunes et vieux, universitaires et non qualifiés auraient semblablement voté non. La seule exception serait le vote des sympathisants du PSS qui auraient voté oui à 58%.

Est-ce parce qu'il aurait été suivi par ses troupes que le PSS ne semble pas avoir jugé bon d'ouvrir un débat interne sur l'échec retentissant de son postulat politique prioritaire? Pourtant les divisions, certes pas nouvelles, qui se manifestent aujourd'hui en son sein ne suivent-elles pas la ligne de fracture entre les tenants de la troisième voie de la sociale démocratie européenne et ceux pour qui les résultats de cette politique touchent de plein fouet les catégories de la population qu'ils souhaitent défendre?

Sobres réalités

Résultats de l'Europe de Maastricht: les privatisations et le démantèlement des services publics (critères de convergence!), CFF, PTT, marché de l'électricité, et les attaques aux acquis sociaux, AVS, santé, formation, qui sont pilotées, en Suisse, par les deux conseillers fédéraux socialistes. Résultats de la politique agricole commune: la crise de la vache folle, suivie de celle de la fièvre aphteuse, la liquidation massive des entreprises agricoles soumises, comme la santé des consommateurs, aux seules lois du marché et de la rentabilité, abandon rapide d'une politique régionale et de reconnaissance de la multifonctionnalité de l'agriculture, mépris en Suisse

comme dans l'UE, pour le revenu et le sort des paysans. Résultat de la politique de Schengen: l'abandon des damnés de la terre en dehors des frontières de la forteresse Europe. Enfin, résultat de la politique des transports de l'UE et de ses pressions sur la Suisse: l'abandon d'objectifs de protection de l'environnement durement arrachés au fil d'années de lutte, voire même inscrits dans la Constitution fédérale par le peuple (Initiative des Alpes).

L'importance de la démocratie directe

Certains pourraient arguer des constats précédents qu'ils sont la meilleure preuve que la non-adhésion de la Suisse à l'UE ne nous protège nullement, de la mondialisation néo-libérale et des versions européennes des dérégulations qui en découlent, puisqu'elles sont appliquées par notre gouvernement, au mépris de la volonté populaire lorsqu'elle a pu s'exprimer. Ils auraient raison. Il n'en reste pas moins que les forces de gauche, lorsqu'elles tentent de construire une résistance à ces attaques dont les origines et la portée sont certes transnationales doivent répondre par des actions saisissables directement par les populations concernées. Elle le font d'ailleurs souvent en utilisant les instruments de la démocratie directe (référendum contre la libéralisation du marché de l'électricité, initiative contre la suppression des bureaux de poste), ceux-là mêmes dont elle serait privée en cas d'adhésion! Lorsqu'une résistance a pu se créer localement, elle peut se reconnaître et se connecter avec d'autres résistances; l'exemple du mouvement créé autour de l'Initiative des Alpes et des ses liens transfrontaliers avec les mouvements européens qui luttent contre le lobby autoroutier est probant.

Le PSS et la gauche portent la lourde responsabilité d'avoir engagé leurs troupes sur une adhésion à l'Union européenne comme projet politique porteur d'avancées sociales – qui sont restées virtuelles alors que les attaques n'ont cessé de s'amplifier, d'avoir ainsi retardé la compréhension de l'unicité des attaques menées contre les peuples par l'OMC et l'UE et donc la construction d'une résistance à ces politiques. Les résultats du vote du 4 mars et l'apparition du Manifeste du Gurten seront peut-être l'occasion d'une clarification. ■

Kurzinfos

Nachhaltigkeit

Bei der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages frohlockte der blauäugige Teil der Umweltbewegung über die Stärkung der "Nachhaltigkeit" im Vertrag. Eine genaue Lektüre legte jedoch genau den umgekehrten Schluss zu: der Umweltaspekt wurde im Vertrag jedenfalls in den diesbezüglichen Passagen geschwächt. Im Europa-Magazin (EM) wurde mehrmals darauf hingewiesen, auf die entsprechenden Argumente wurde jedoch nirgends eingegangen. Nun scheint sich die realistische Einschätzung des EM's zu bewahrheiten. Man spricht in der EU nun von den drei Säulen der Nachhaltigkeit: traditionelle Wachstumspolitik, ein bisschen Beschäftigungspolitik und am Rande eine Ergänzung durch Umweltpolitik, welche die traditionelle Wachstumspolitik absichern soll. DNR-EU-Rundschreiben 2/2001, S. 5

Ein Kurzinterview

Würden Sie die Schweiz als EU-Mitglied begrüßen?
"Sicher – wenn Ihr Land die Regeln und Ziele der EU akzeptiert, ist es uns willkommen".

Sie möchten also kein zweites Dänemark oder Irland in der EU, das sich mit Volksentscheiden querstellen könnte?
"Sie haben mich perfekt verstanden". (Interview mit EU-Parlamentspräsidentin Nicole Fontaine, Berner Bund, 16.6.01, S. 6) Im selben Interview spricht sich Frau Fontaine für eine bürgernähere EU aus. "Die repräsentative Demokratie sollte vermehrt durch direkte Demokratie ersetzt werden". Das Meinungen von Frau Fontaine sind nur vordergründig widersprüchlich. Da es in der EU nicht einmal eine repräsentative Demokratie gibt, ändert sich durch ein Ersetzen dieser durch die direkte Demokratie nichts – da es nichts zu ersetzen gibt!



Nach dem 3. März – keine neuen Argumente oder Diskussionen bei den Grünen

Demokratie, nicht nur Wirtschaft globalisieren

Der Abstimmungsentscheid vom März war ein Dämpfer für die EU-BefürworterInnen. Doch er entbindet uns nicht davon, über die Grenzen zu schauen. Vielleicht wäre es auch an der Zeit, linke Werte und Erfolge zu definieren. Denn diese machen unsere Identität aus, die wir mittelfristig in die EU einbringen können, ohne uns damit aufzugeben.

von Pia Hollenstein, Nationalrätin Grüne St.Gallen

Ferien können erfrischend sein: Anfang Juni haben wir von der grünen Nationalratsfraktion einen Ausflug nach Berlin unternommen. Neben dem Besuch des Bundestags standen unter anderem auch Gespräche mit den deutschen Grünen auf dem Terminplan. Diese Diskussionen haben uns bestärkt: Wenn die Schweiz mit ihren langen Erfahrungen in der (direkten) Demokratie der EU beitrifft, würde dies die Demokratisierung innerhalb der EU stärken. Je länger wir aber draussen bleiben, desto mehr Nachteile werden wir kassieren müssen.

Blochers lusche Masche

Natürlich haben wir das Abstimmungsergebnis vom März zu akzeptieren. Offenbar sieht eine Mehrheit der StimmbürgerInnen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Bedarf für Beitrittsverhandlungen. Doch heisst dies, dass wir die Globalisierung und Öffnung bloss der Wirtschaft überlassen müssen? Den Blochers und Freys also, die mit der heutigen Situation bestens zu Rank kommen, weil sie ihre millionenschweren Geschäfte blendend auch im Ausland abwickeln können und gleichzeitig am Schweizer Stammtisch gehörig gegen die EU auf den Putz hauen? Diese Masche habe ich und viele andere Grüne langsam satt.

Schweiz pickt bloss Deregulierung

Ob Umwelt, Soziales oder Gleichstellung, in vielen Fragen ist die EU heute der Schweiz voraus. Auch im Bereich Arbeitsrecht ist unser Land bekanntlich alles andere als fortschrittlich. So regelt die EU die Höchstarbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche, was bei uns in weiter Ferne liegt. Auch die Initiative der Gewerkschaften für die 36-Stundenwoche, die voraussichtlich im Dezember vors Volk kommt, wird daran nicht rütteln können. Ausgerechnet, aber nicht überraschend dort also, wo die Schweiz einiges nachzuholen hätte, blockieren die Bürgerlichen. Von der EU übernehmen wir heute bevorzugt Gesetze, die der Deregulierung Vorschub leisten. Positive Ansätze aber werden in Bern oder spätestens an der Urne bachab geschickt.

Vollmitgliedschaft ist interessanter

Dieses Dilemma ist nicht neu. Es ist für uns Grüne aber Motor, das Abstimmungsergebnis vom März nicht als letzte Antwort der Stimmberechtigten zu interpretieren. Vielmehr glauben wir, dass der Integrationsprozess so oder so fortschreiten wird. Die Frage ist bloss, ob wir als aussenstehendes Land eine ganze Reihe der neuen EU-Beschlüsse stillschweigend umsetzen. Oder ob es nicht doch interessanter und vor allem

auch demokratischer wäre, als Vollmitglied auch mitentscheiden zu können.

Die Schweiz hat linke Trümpfe

Der Entscheid vom März widerspiegelt auch Ängste. Ängste etwa, die eigene Identität zu verlieren in der Masse der EU-Mitgliedsländer. Doch allein schon die Frage, was denn unsere Identität ist, wird von einem Basler, einer St.Gallerin oder einer Person aus dem Tessin wieder ganz anders beantwortet. Ich bin der Meinung, dass es aber sehr wohl eine Identität aus

Eigentlich sollte dieses Europa-Magazin nach der Abstimmung vom 3. März eine Diskussion eröffnen unter jenen, die sich als "linksstehend" betrachten – man konnte ja die Hoffnung haben, dass durch die Kanterniederlage der EU-Beitritts-Initiative bei den "Linken" etwas in Bewegung gerät. Man muss sich diesbezüglich aber offenbar ent-täuschen. Starr wird an den überlieferten – antidemokratischen – Ansichten festgehalten. Die Argumentationen des Europa-Magazins, die ja vielfältige Strömungen in Europa reflektieren, werden immer noch links liegen gelassen und man glaubt, mit den ewig gleichen Illusionen und Beschönigungen sowie etwas Blocherphobie sei's der Argumente genug. Immerhin fand sich bei den Grünen jemand bereit, etwas zu schreiben – bei den Sozialdemokraten waren wir nicht so erfolgreich. Die sind mittlerweile so weit, die EU zur schweizerischen Staatsraison zu küren (Pressedienst, Nr. 558, 11.5.2001). Es wäre nett, wenn die Sozialdemokraten auf ihren Namen verzichteten. Dann könnte man – wenn die Zeit reif ist – eine soziale und demokratische Partei in der Schweiz gründen, die diesen Namen verdient. Übrigens wegen "links" und so – wenn man auf die französische Revolution und die Nachfolger zurückgeht, ist klar was "links" heisst. Es heisst mehr Demokratie, es heisst mehr Kontrolle über sein Leben – und das für alle und nicht nur für ein paar "Eliten". "Links" heisst dann jedenfalls nicht Beschränkung der Demokratie durch wildgemachte Märkte und Bürokratien im Dienste der Multis, die hinter verschlossenen Türen Gesetze nach ihrem Gusto zusammenbasteln. Allerdings gab es in der Geschichte seit und während der französischen Revolution bei den "Linken" schon immer bürokratische, totalitäre und antidemokratische Entgleisungen. Die Unterstützung des aufgeklärten EU-Despotismus durch die "Linken" ist angesichts der tristen Geschichte geradezu ein Sonntags-spaziergang – wenigstens bisher. p.r.



linker (Schweizer!) Sicht gibt, die weder nationalistisch noch vorsintflutlich daherkommen muss. Ich denke an jene Werte, die wir uns hierzulande geschaffen haben: Etwa die offene Diskussion über den Unsinn der Schweizer (und anderer!) Armeen; die bemerkenswerten Schritte zur Liberalisierung weicher und harter Drogen; die direktdemokratischen Möglichkeiten; der faktische Atomausstieg; das faktische Gentech-Moratorium im Food- und Landwirtschaftsbereich.

Gute Ansätze ausbauen

Das sind Werte, die eine linke, eine andere Schweizer Identität stiften können. Auf diese Identität bin ich stolz, nicht auf Alphörner und Emmentaler-Käse. Diese Werte will ich denn auch in ein Europa einbringen und versuchen, solche Errungenschaften zu verbreiten. Denn was nützen gentechfreie Schweizer Supermärkte, wenn Nestlé und Konsorten ihre genmanipulierte Ware in Italien und Spanien verhökern? Was nützt es, wenn wir hierzulande einen humanen Umgang mit Drogen

anstreben, wenn dies zu einer Sogwirkung ausländischer Drogenkonsumierenden führte und dies das Konzept sabotiert? Nochmals zur Drogenliberalisierung: Regelmässig wird die Schweiz von UNO-Gremien für ihre Vorreiterrolle abgekanzelt – wären wir nicht allein und würden im Verbund mit mehreren EU-Staaten agieren, könnten wir besser Paroli bieten.

Kritisch bleiben - und solidarisch

Nochmals: Überlassen wir es nicht den Herrschaften vom Buurezmorge, zu definieren, was denn die Schweizer Identität und unsere Werte seien. Akzeptieren wir aber auch nicht, dass diese Werte im helvetischen Réduit eingekellert werden dürfen, sondern setzen wir sie an die frische europäische Luft. Tragen wir unsere Ideen in die EU, bleiben wir zusammen mit unseren Verbündeten in unseren Nachbarländern kritisch, aber halten wir den linken und grünen Bewegungen auch die Solidarität und unterstützen sie – mit unserem Beitritt zur EU. ■

Kurzinfos

Recyclingquoten für Dosen

Die EU-Kommission hat in einem Brief an den Bundesverband des Deutschen Getränkegrosshandels angedeutet, dass sie nicht plane, die Wiederverwertungsziele für Getränkedosen auf EU-Ebene mit Nachdruck durchzusetzen. Als Grund für diesen Rückzieher nannte die Kommission die Tatsache, dass Gespräche mit der Industrie gezeigt hätten, dass eine Einigung zu den Wiederverwertungszielen auf EU-Ebene nicht im Interesse der Industrie lägen. DNR-EU-Rundschreiben, 6/2001, S. 36

WHO-Appell an EU

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) appelliert an die EU, Massnahmen zu ergreifen, um die Umwelt- und Gesundheitsfolgen des Verkehrs zu reduzieren. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der WHO weist nicht nur auf die zunehmende Zahl von Toten und Verletzten durch Verkehrsunfälle hin, sondern macht auch auf die Gesundheitsgefährdung durch den Verkehr aufmerksam. So sterben in europäischen Städten jährlich schätzungsweise zwischen 36000 und 129000 Erwachsenen aufgrund gesundheitlicher Schäden, die durch das Einatmen von Verkehrsemissionen über längere Zeiträume hinweg verursacht werden. Eine WHO-Studie über die Situation in Österreich, Frankreich und der Schweiz kam zu dem Ergebnis, dass 6% aller Todesfälle eine Folge der Luftverschmutzung sind, wobei die Hälfte davon auf das Konto von Emissionen des motorisierten Verkehrs gehen. Darüber hinaus sind verkehrsbedingte Emissionen für das Entstehen von jährlich etwa 25'000 neuen Fällen chronischer Bronchitis bei Erwachsenen, 290'000 Bronchitiserkrankungen bei Kindern und 500'000 Asthmaanfällen verantwortlich. Dem WHO-Bericht zufolge summierten sich 1995 die externen Kosten des Verkehrs in der EU, der Schweiz und Norwegen auf rund 658 Milliarden Euro. Die WHO fordert die EU auf, durch höhere Gebühren für Strassen- und Parkplatznutzung sowie durch die Subvention von Verkehrsalternativen zum Auto wirksame Anreize für die Reduktion

des individuellen motorisierten Verkehrs zu schaffen. EUmagazin, 6/2001, S. 33

Genetisch veränderter Organismen zugelassen

Die im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und Parlament erzielte Einigung über die neue EU-Richtlinie zur Freisetzung genetisch veränderter Organismen (GVO) in die Umwelt ist am Mittwoch vom EU-Parlament in Strassburg bestätigt und damit rechtskräftig geworden. In dem Kompromiss hatte das Parlament bei den umstrittenen Punkten durchgesetzt, dass gentechnisch veränderte pharmazeutische Erzeugnisse für den menschlichen Gebrauch, soweit sie auf den Markt kommen, vom Geltungsbereich dieser Richtlinie ausgenommen werden und dass dieser Bereich durch eine gesonderte Gesetzgebung geregelt wird. Werden die Produkte nur zu Forschungszwecken eingesetzt, fallen sie grundsätzlich unter die beschlossene Richtlinie.

Im Zusammenhang mit dem internationalen Cartagena-Protokoll über die biologische Sicherheit hat das Parlament durchgesetzt, dass sich die Kommission verpflichtete, bis Juli 2001 einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen, in dem bei der Ausfuhr von derartigen Organismen dem Einfuhrland rechtzeitig vorher detaillierte Informationen über das Produkt übermittelt werden müssen. In der Versuchsphase freigesetzte veränderte Organismen müssen registriert und die Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Bei der endgültigen Freisetzung zu kommerziellen Zwecken müssen die betroffenen Standorte den zuständigen Behörden gemeldet werden und in einer für angemessen befundenen Weise öffentlich bekannt gemacht werden. Auf Antibiotikaresistenzgene muss völlig verzichtet werden. Um dem Verbraucher die Entscheidung zu ermöglichen, ob er GVO-Produkte kaufen will, verlangt das Parlament eine lückenlose Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit bei den Produkten und ihren Folgeerzeugnissen. NZZ, 15.2.01, S. 63



Die heutigen Probleme waren im Vorfeld der Abstimmung zu den bilateralen Verträgen vorhersehbar.

Auswirkungen der Bilateralen am Gotthard

Fast genau ein Jahr nach der Abstimmung über die bilateralen Verträge sind bereits die von uns prophezeiten Folgen sichtbar: Die Lastwagenlawinen stauen sich vor dem Gotthard durch die ganze Schweiz, obwohl die Umsetzung des Verkehrsabkommens eben erst begonnen hat und die 300 000 40-Tonnen - Kontingente noch lange nicht alle vergeben sind. "Verkehrminister Leuenberger hat der Schweiz verkraftbare Zugeständnisse versprochen, jetzt herrscht ein Chaos", schreibt die SonntagsZeitung, die es heute schon immer kommen sah, aber damals vor der Abstimmung zusammen mit fast allen Medien wärmstens ein Ja empfahl.

von Luzius Theiler, Grüne Partei Bern

Dabei war von Anfang an sonnenklar, dass es so kommen musste – man konnte es im Europamagazin nachlesen. Mit dem Verzicht auf die noch kurz zuvor als "unverhandelbar" erklärten 28-Tonnen-Limite erhielt die Strasse auf der kürzesten Nord-Süd-Verbindung einen gewaltigen Konkurrenzvorsprung gegenüber der Bahn. Zum (auch so noch unsicheren) Ausgleich hätte es nach weitgehend übereinstimmenden Berechnungen der Umweltverbände und des Bundesamtes für Verkehr eine Transitgebühr von mindestens 600 Franken pro Lastwagen gebraucht. Demgegenüber bot die EU von Anfang an nur 300 Franken an. De "Leuenberger-Kinnock-Kompromiss" von 330 Franken wurde dann – Welch ein Witz! – "als grosser Verhandlungserfolg der Schweiz" gefeiert. Nach dieser verhängnisvollen Nacht in Kloten war alles weitere vorprogrammiert.

Wie erinnerlich lancierte das Forum für direkte Demokratie das grün-linke Referendum gegen die bilateralen Verträge. Es fand, ausserhalb eines kleinen Kreises idealistischer AktivistInnen und der Humanistischen Partei nüchtern beurteilt ein hundsmiserables Echo. Wie konnte es zu diesem kapitalen Versagen der grünen und linken Bewegung kommen?

Der Hauptgrund liegt wohl darin, dass sowohl SP wie Grüne in ihrer damaligen – heute sieht es wieder differenzierter aus, schon im Vorfeld der EU-Beitritts-Initiative haben diverse Kantonalparteien der Grünen die Nein-Parole oder Stimmfreigabe beschlossen – EUrophorie gefangen waren. Wer den EU-Beitritt als politisches Hauptziel proklamiert, muss alle Entscheide diesem Ziel unterordnen und die EU-Politik als grundsätzlich umweltverträglich deklarieren. Die liberalisierte EU-Grossraumwirtschaft, welche auf einer möglichst ungehemmten Standortkonkurrenz bei möglichst niedrigen Transportpreisen basiert, ist aber ursächlich für den Transportwahnsinn kreuz und quer durch Europa verantwortlich.

Zentrale Rolle der Alpeninitiative:

Die grossen Umweltverbände, die SP und die Grünen kommunizierten vor und während der Verhandlungen, sie würden nur ein Ergebnis unterstützen, das die Umsetzung der Alpeninitiative nicht gefährdet. Doch die Referendumsdrohungen waren derart von offensichtlicher Unlust geprägt, dass sie im Bundeshaus nie ernst genommen wurden.

Nach dem fatalen Kompromiss von Kloten und dessen Absegnung in den eidg. Räten kam dem Verein Alpeninitiative als Gralshüterin des grössten umweltpolitischen Erfolges in der Schweiz die Schlüsselrolle zu. Zumindest die Umweltverbände hätten einem Referendum der Alpeninitiative gegen die Bilateralen ihre Unterstützung kaum verweigern können.

Der Verein Alpeninitiative zog sich, wohl unter dem Einfluss des EU-begeisterten SP-Nationalrat und Edel-Berglers Andrea Hämmerle buchstäblich aus dem Verkehr. Noch im Februar 1999 schrieb die Mititgliederzeitschrift "echo" richtig: "Die Konzessionen an die EU im Landverkehrsabkommen belasten Mensch und Umwelt in einem unerträglichen Mass und sind ein gewaltiger Rückschritt für eine ökologische Verkehrspolitik". Kurze Zeit später waren nur noch die "flankierenden Massnahmen" wichtig. Gegen das Zückerchen von 3 Milliarden zusätzlichen Subventionen für die Verlagerung der Güter auf die Schiene – also eine zusätzliche Subventionierung des EU-Transportwahnsinns gegen jedes Verursacherprinzip – verzichtete die Alpeninitiative auf ein Referendum.

Am Schluss gab der Verein Alpeninitiative "keine Parole" heraus, eine Stellungnahme, welche Hämmerle gegen aussen, z.B. in der Abstimmungs-Arena des Fernsehens unverfroren als Zustimmung interpretierte. Die Mitgliederbasis des Vereins wurde weder zum Referendum noch zur Abstimmungsparole befragt. Parteien und Umweltverbände konnten sich nun mit der Aussage "wenn nicht einmal die Alpeninitiative das Referendum ergreift..." jeder inhaltlich-politischen Diskussion entziehen.

Wie weiter ?

Heute fordern Umweltverbände, Grüne und SP Beschränkungen der Durchfahrt und eine Korrektur des Verhandlungsergebnisses u.a. im Sinne einer Erhöhung der Transitgebühr. So etwa Alf Arnold, Geschäftsführer des Vereins Alpeninitiative im "Bund" vom 7. April 2001: "Es ist offensichtlich, dass die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und die vom Parlament im Rahmen des Verkehrsverlagerungsgesetzes beschlossenen Massnahmen nicht genügen, um die negativen Auswirkungen der erhöhten Gewichtslimite auszugleichen". Arnold fordert u.a. Lastwagenfahrverbote vor Feiertagen sowie bei Ferienbeginn und Feriende.

Noch radikaler äussern sich die Schweizer Grünen in einer an der letzten DV in Delémont verabschiedeten Resolution,



die u.a. folgende Forderungen aufstellt: " Die Schwerverkehrsabgabe muss ab sofort auf das Niveau der Tarife am Brenner und am Mont Cenis erhöht werden. Die Lastwagen sind entsprechend der Kapazitätsgrenzen der Autobahnen und der Zölle zu kontingentieren"

Diese Begehren, so richtig und wichtig sie sind, kommen der Forderung nach partieller Ausserkraftsetzung bzw. Neuverhandlung des Transitabkommens gleich. Doch der Bundesrat durchlöchert eher die schweizerische Bundesverfassung als einen Vertrag mit der EU. Der Hinweis, dass

irgendwann nach 2009, wenn die NEAT-Röhren offen sind, alles besser werde, wird zu Begründung einer "temporären" Lockerung des Nachtfahrverbotes (24-Stunden Zollabfertigung in Chiasso) und anderer Kapazitätssteigerungen der Gotthard-Strassenroute dienen!

Als einzige Hoffnung bleibt eigentlich nur ein Aufstand der durch- und überfahrenen Bevölkerung aus der Urschweiz und dem Tessin. Das wäre dann allerdings der erste Aufstand unter CVP-Führung seit dem Sonderbundskrieg. Aber die CVP ist ja auf der Suche nach einem neuen Profil. ■

Kurzinfos

Stimmenkauf

Beim EU-Gipfel im Dezember 00 in Nizza haben die EU-Regierungschefs dem EU-Reisezirkus Zügel angelegt. Ab 2002 soll die Hälfte der jährliche Gipfeltagungen des Europäischen Rates, mindestens aber eine Tagung im Jahr, in Brüssel stattfinden. Sobald die Union 18 Mitglieder zählt, finden alle Gipfel in Brüssel statt. Der Reisebetrieb verursacht der jeweiligen Präsidentschaft beträchtliche Kosten. Bewachung und Sicherheit der Teilnehmer wird angesichts des Globalisierungswiderstandes immer schwieriger. Ganze Städte werden weitflächig abgesperrt und während zwei bis vier Tagen für den normalen Geschäftsverkehr gesperrt, im Dezember an fürs Weihnachtsgeschäft wichtigen Tagen. Kleinere Städte ersticken im Benzindampf der Karossen von 16 einzeln auffahrenden Delegationen.

Die Reduktion der Reiserei kam jedoch nicht aus diesen Gründen zustande: Die Erklärung kam im letzten Moment in der langen Nacht von Nizza zustande, weil Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac den belgischen Premier nur durch ein Sondergeschenk für Brüssel dazu bewegen konnte, einem Kompromiss zuzustimmen, bei dem sich Belgien in Zukunft im Rat der EU mit einer Stimme weniger als die Niederlande (12 gegenüber 13) begnügen wird. Diesen Verzicht musste Chirac abgeben, um für die Franzosen weiterhin die gleiche Stimmenzahl wie für die Deutschen sichern zu können. EUMagazin, 1-2/2001

Mar de Plata hat ausgefischt

Fangflotten aus der EU und korrupte Fischereipolitiker setzen Argentiniens Küstengewässern zu. Der Seehecht ist praktisch ausgerottet. Die Zeche zahlen die Fischer von Mar del Plata die mit ihren rostenden Schiffen auf dem Trockenen sitzen. Auf die "Europäer" kommt im Hafen von Mar del Plata jedermann schnell zu reden: Mit ihnen habe das Verhängnis begonnen. 1994 unterschrieb die argentinische Regierung mit der EU einen Vertrag und erlaubte der EU-Flotte; ihre Netze in argentinischen Hoheitsgewässern auszuwerfen. In den folgenden Jahren verschoben die EU-Fischer einen Teil ihrer Flotte in den Südatlantik, darunter 150 sogenannte Congeladors: Fabrikschiffe, auf denen die ausgenommen Fische eingefroren werden und die rund die Hälfte des Fangs wegen Unbrauchbarkeit wieder ins Meer werfen. Bis 1997 verdoppelte sich die registrierte Fangmenge im argentinischen Meer auf 600000 Tonnen im Jahr – die maximale erlaubte Fang-

quote liegt seit 1993 bei 380000 Tonnen. Profitiert vom EU-Vertrag habe vor allem Spanien. Spanien erhielt aus der EU-Kasse über 80 Millionen US-Dollar für jene Unternehmen, die ihre Schiffe in den Südatlantik schickten. Die Politiker wurden ein Problem los, und die spanische Flotte machte gleich ein doppeltes Geschäft: Für sie rentierte die Fischerei wieder – und sie wurde erst noch saftig subventioniert. Von 40 der ehemaligen Konservenfabriken in Mar de Plata sind 38 verschwunden. Berner Zeitung, 31. 3. 2001, S. 23

Klage der EU-Kommission gegen Paris

Die EU-Kommission wird Frankreich vor dem EU-Gerichtshof verklagen, weil Paris die EU-Richtlinie zur Liberalisierung des Gasmarktes nicht ins nationale Recht umgesetzt hat und auch keine Anstalten macht, das bisher Versäumte nachzuholen. Die Mitgliedstaaten hatten zwei Jahre Zeit für die Anpassung ihrer internen Rechtsordnung und diese Übergangsfrist war am 10. 8. 2000 abgelaufen. Die Richtlinie verlangt eine stufenweise Liberalisierung. Sie schreibt den Mitgliedstaaten vor, in einem ersten Schritt sofort mindestens 20%, fünf Jahre später 28% und bis 2010 33% des Marktes dem Wettbewerb zu öffnen. NZZ, 9.5.01, S. 21

Monti gegen Ökotipps

An der Webseite des Berliner Umweltbundesamts hat EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti Anstoss genommen und der Bundesregierung ein Vertragsverletzungsverfahren angedroht. Die Behörde hat in einer Okobilanz herausgefunden, dass unter Umweltgesichtspunkten die lokale Produktion von Sprudel, Säften und Wein ökologische Vorzüge hat. Folgerichtig empfehlen die Ökoexperten: "Kaufen Sie Getränke aus der Region, denn: Jeder Kilometer zählt". Weil der Tipp von einer staatlichen Stelle komme, sieht Monti darin ein potentielles Handelshemmnis. Die Aufforderung, regionale Waren zu kaufen, sei eine Diskriminierung all jener Konkurrenzprodukte, die von weit her kämen. Der Spiegel, 7/2001, S. 108.

Rindertalg in EU-Butter

Die EU kennt einen neuen Nahrungsmittel-Skandal: von der EU subventionierte, gepanschte Butter kam in halb Europa auf den Markt. Nach Ermittlungen der Antibetrugseinheit der EU OLAF hat die süditalienische Mafia-Organisation Camorra in der Zeit zwischen 1995 und 2000 rund 100'000 Tonnen gefälschte Butter nach Frankreich, Belgien oder in Drittländer



exportiert und dafür pro Tonne zwischen 1000 und 1200 Euro Subventionen kassiert.

Zwei Drittel der gepanschten Ware liefen über die französische Firma Fléchar, die bereits 1992 in einen Suventionschwindel mit Butter verwickelt war. Das Camorra-Unternehmen in der Region von Neapel mischte der Butter zu 30% und mehr Rindertalg und -fett aus Abdeckereien bei. Die Mixtur wurde durch die weitere Beimischung von Chemikalien so angereichert, dass die Panscherei bei normalen Lebensmittelkontrollen angeblich nicht auffallen konnte. Fléchar und andere Empfänger verkauften das Fett an renommierte Feinbäckereien und Eisproduzenten, deren Produkte auch in Deutschland verkauft werden.

Der Staatsanwalt von Neapel wies bereist am 5. Juli 2000 auf mögliche Gesundheitsgefahren hin. Die EU versuchte in der Folge, die Gemüter zu beruhigen: Der Kommissar für Verbraucherschutz Davis Byrne berichtete dem EU-Parlament: "Die verunreinigte Butter enthält keine gesundheitsgefährlichen chemischen Zusätze wie Polychlorierte Biphenyle (PCB), Chlorierte Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle". Die EU-Kommission unterliess es jedoch bisher, das genaue angewandte Produktionsverfahren anzugeben. Sollte das von den Butterpanschern verwendete Verfahren dem entsprechen, das bei der Herstellung von sogenannten Michaaustauschern für die Aufzucht von Kälbern verwendet wird, so bestünde manchen Wissenschaftlern zufolge die Gefahr, dass dadurch BSE übertragen wird. Der Spiegel, 9/2001, S. 94.

Fauler Kompromiss

Das EU-Parlament hat Anfang Mai 01 einem Kompromiss für eine Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zugestimmt, der viele Ausnahmeregelungen vorsieht. Diese beschneiden das durch die Verordnung grundsätzlich gewährte Recht jedes EU-Bürgers auf Zugang zu Dokumenten stark.

Die Öffentlichkeit soll nach dem Kompromiss keinen Zugang zu Dokumenten haben, falls (1) das öffentliche Interesse in den Bereichen Öffentliche Sicherheit, Verteidigungs- und Militärfragen, Internationale Beziehungen, Finanz-, Geld- und Wirtschaftsfragen berührt ist; (2) die gesetzlichen Interessen einer juristischen Person, (3) oder die Privatsphäre durch die Veröffentlichung verletzt würden (4) bzw. das betreffende Dokument Teil eines juristischen Verfahrens, einer Inspektion, einer Untersuchung oder finanziellen Überprüfung ist. (5) Auch der Zugang zu Dokumenten für den behörden-internen Gebrauch kann verweigert werden, falls eine Veröffentlichung den Entscheidungsfindungsprozess behindert.

Immerhin werden alle Institutionen verpflichtet, ein Register aller vorhandenen Dokumente zu erstellen – allerdings mit Ausnahme geheimer und vertraulicher Dokumente. Ausserdem muss ein jährlicher Bericht mit der Anzahl abgelehnter Zugangsversuche und ihrer Begründung erarbeitet werden, der auch die Anzahl geheimer oder vertraulicher Dokumente enthält, die nicht durch das Register erfasst werden. Vertrauliche oder geheime Dokumente, die von vitalem Interesse für die EU oder einen der Mitgliedstaaten sind, dürfen nur mit Zustimmung des Urhebers an die Öffentlichkeit gege-

ben werden – wodurch das Öffentlichkeitsprinzip in Skandinavien untergraben werden kann. Eine Anfrage nach einem Dokument muss innerhalb von 15 Arbeitstagen beantwortet werden. EU-DNR-Rundschreiben 5/2001 S, 6

EU-Atomforschungsprogramm

Das sechste Forschungsrahmenprogramm 2002-2006 der EU sieht Ausgaben für die Nuklear-Forschung im Rahmen des Euratom-Vertrages von 1.23 Milliarden Euro vor. Der grösste Teil von 700 Millionen soll in die Fusionsforschung gehen, der Rest in die klassische Kernenergie einschliesslich der Behandlung und Lagerung nuklearer Abfälle. Nach Ansicht von Friends of the Earth Europe und Greenpeace stellen die Gelder an die klassische Kernenergieforschung Subventionen für einen absterbenden Wirtschaftszweig dar, für den kein Forschungsbedarf mehr besteht.

Die kommerzielle Nutzung der Kernfusion hingegen sei reine Fantasie. Friends of the Earth kritisieren zudem die Pläne der Kommission, Euratom-Darlehen für den Neubau von Kernkraftwerken in Osteuropa zu gewähren und die Entwicklung einer neuen Generation von Brutreaktoren in Russland zu unterstützen. Die Kommission habe diese Pläne nicht einmal dem Rat, geschweige denn der Öffentlichkeit vorgelegt, erklären die Friends of the Earth und appellieren an die Mitgliedstaaten der EU, eine Umsetzung der Pläne zu verhindern. DNR-EU-Rundschreiben, 5/2001, S. 39

Europarat kritisiert Nato

Der Europarat beobachtet dauerhaft die Entwicklung der Meinungs- und Informationsfreiheit in Europa. Ende April debattierte die Parlamentarische Versammlung über die bedrohte Unabhängigkeit kritischer Medien in verschiedenen Staaten. Der Berichterstatter beschuldigte auch die Nato der Einschränkung der Medienfreiheit und der gezielten Fehlinformation während des Kosovo-Krieges. NZZ, 25.4.01, S. 5

Weitere Kurzinfos zu dieser Nummer finden Sie auf dem Internet.

Die GV des *Forums für direkte Demokratie* findet am Mittwoch, 24. Oktober 2001 im Hotel Emmental, Tannwaldstrasse 34, 4600 Olten um 19 Uhr 00 statt. Diese Ankündigung gilt als Einladung. Es erfolgt keine persönliche Einladung. Die Traktandenliste wird im nächstn EM publiziert

Quellen der Kurzinfos

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt.

NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

EU-Rundschreiben: EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzring (DNR), c/o Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230 D-10405 Berlin

EUmagazin Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer WESTeuropäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen

FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG

gegen die 2/3-Gesellschaft

GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE

FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION



- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (4 x jährlich 30.– Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.– (30.– für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Postfach, 8048 Zürich (Telefon (0041) 031-7312914; Fax: 031 7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN

Postfach

8048 Zürich

Tel. 031 - 731 29 14

Fax: 031 - 731 29 13



<http://www.europa-magazin.ch>

Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Annette Jungen, Maro Schnyder, Christian Thomas, Seraina Seyffer, Gérard Devanthery

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach,
8048 Zürich, Tel. 031 - 731 29 14
Fax: 031 - 731 29 13

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis

Auflage: 3 000

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Jahrgang 9, Nr. 33, Juni 2001

Abonnement: Fr. 30.–, DM 40.–

Redaktionsschluss: 30. August 2001

AZB 8048 Zürich
PP Journal
CH-8048 Zürich